

Politische Berichte



Am 1. Mai bei der KSCM (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) in Prag: Mit „Schlüsselklirren“ fordern Teilnehmer den Rücktritt der Regierung.

Seite 8

1. Mai: Der geplante Aufmarsch von Neonazis in Leipzig fand nicht statt. 300 von ihnen versammelten sich stattdessen in Hannoversch Münden.

Seite 16



60. Jahrestag der Bombardierung von Gernika: Antifaschistische Gruppe aus Hannover/Wunstorf im Baskenland.

Seite 22



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Innere Sicherheit: Vorverlegung gen Osten	3
Betätigungsverbot gegen MRTA-Vertreter?	3
Prozeß wg. Bad Kleinen: Ein Urteil gegen die Pressefreiheit	4
SPD zu Renten: Umverteilung von unten nach oben bleibt	4
Rundfunkfusion im Südwesten	5
1. Mai in Prag: Gegen ein deutsches Europa	6

Auslandsberichterstattung

Türkei: 1. Mai in Istanbul	9
El Salvador: Ist die Stunde der Linken gekommen?	8
Burma-Boykott erfolgreich	9
Beziehungen Spanien-Kuba auf Tiefpunkt	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
„Rassenkunde“ an der Hamburger Uni	13
München: Genossenschaftlicher Wohnungsbau im Aufwind	14
Kampagne gegen Sicherheitswahn in den Städten	14
Unit-Ariern Flötentöne beigebracht	15
FAZ klagt wg. Shell	15
Rechtsextremismus in Brandenburg	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Schlichtung: IG BAU verliert	19
Chemie: Rutschbahn „Entgelt- Korridor“	19
Stationierungsstreitkräfte: Ein Erfolg mit Signalwirkung	21
Aus der sozialpolitischen Diskussion: Genossenschaften	21

Diskussion und Dokumentation

60. Jahrestag der Bombardierung von Gernika	22
Die Politik ersten Person	25

Letzte Seiten

Alfred Hrdlicka: Bildergespräch	27
---------------------------------------	----

Termine	28
---------------	----

AKTUELL IN BONN STEUERAUSFÄLLE.

Ca. 20 Mrd. DM weniger Steuern als erwartet dürften Bund, Länder und Gemeinden in diesem Jahr erhalten, melden die Zeitungen vor der Bekanntgabe der neuesten Zahlen des „Arbeitskreis Steuerschätzung“. Erheblich weniger spektakulär hatte bereits Anfang Mai die Bundesbank in ihrem Monatsbericht für Mai Steuerrückgänge ausgewiesen und dabei zugleich aufgezeigt, welche sozialen Gruppen in diesem Land weniger Steuern zahlen und welche mehr. So fielen unter der Rubrik „veranlagte Einkommenssteuer“ in den ersten beiden Monaten dieses Jahres bei Bund, Ländern und Gemeinden überhaupt keine Steuereinnahmen an, sondern Rückzahlungen an diesen Personenkreis. Konkret: die Rückzahlungen bzw. Erstattungen der Finanzbehörden an diesen betroffenen Personenkreis übertrafen im Januar und Februar alle Einnahmen aus diesen Steuerarten um 4,4 Mrd. DM! Investitionszulagen, Abschreibungen, Steuergutschriften für Eigenheimbau u.ä. machens möglich!. Nicht anders bei der Körperschaftssteuer, von der angeblich bundesdeutsche Unternehmen so gebeutelt werden. Hier übertrafen die Rückzahlungen bzw. Erstattungen der Finanzbehörden im Januar und Februar an die Unternehmen sämtliche Zahlungen aus diesem Firmenkreis um 424 Millionen DM! Ertragreich dagegen sprudelten weiter die Steuern, die die „kleinen Leute“ zahlen: Lohnsteuern im Januar und Februar 1997 39,9 Mrd. DM, Mehrwertsteuern 33,7 Milliarden DM.

BEAMTENBESOLDUNG. Arbeitsgruppen der Bonner Regierungskoalition und der Länder beraten über Kürzungen bei der Beamtenbesoldung und den Beamtenpensionen. Noch im Mai will die Bonner Arbeitsgruppe unter dem CDU-Abgeordneten Marschewski ihre Vorstellungen vorlegen. Geplant sind laut Marschewski „entscheidende Änderungen bei den Zulagen“, u.a. bei der Ministerialzulage. Feuerwehrleute, Polizisten, Beamte im Justizvollzug und Soldaten sollen länger arbeiten, Zusatzverdienste bei Pensionen eingeschränkt, Pensionen selbst verringert werden. Übergangsgelder für politische Beamte sollen verringert werden. Ein weiterer Arbeitskreis von Bund und Ländern soll u.a. die Halbierung des Weihnachtsgeldes und eine Kürzung der Pensionen für Schwerbehinderte vorbereiten.

POSTRABATTE. Der Verband der Postbenutzer hat den Regulierungsrat für die Post aufgefordert, auf seiner Sitzung am 12. Mai die dort beantragten Sonderrabatte für Großkunden der Post nicht zu genehmigen. Die Post will Kunden, die im Vierteljahr mehr als 300.000 DM Gebühren zahlen, einen Rabatt zwischen 12 und 15% anbieten, wenn sie ihre Sendungen in großen Stückzahlen (25.000 Sendungen pro Lieferung und mehr) an-

liefern. Diese Rabatte würden lediglich 150 Großkunden der Post bevorzugen, kritisiert der Verband. Der gesamte Mittelstand werde damit diskriminiert.

WOHNGELDSENKUNG. Das Wohngeld wird nicht wie geplant zum 1. Juli angehoben. Das hat Bundesbauminister Töpfer bekanntgegeben. Ursprünglich sollte das Wohngeld, das je zur Hälfte von Bund und Ländern gezahlt wird, zu diesem Termin angehoben werden sollen. Die Länder hätten ihm kein Finanzvolumen genannt, das für die Anhebung zur Verfügung stehe, so Töpfer. Faktisch sinkt damit der Anteil der Wohnkosten, den arme Familien aus dem Wohngeld bestreiten können, da die Mieten ja weiter steigen. Laut Töpfer sind allein in den ostdeutschen Bundesländern die Mieten zum Jahresbeginn um durchschnittlich 3,2 Prozent angehoben worden.

AUSLÄNDERPOLITIK. Nach den Grünen und der FDP hat nun auch die SPD ein Gesetz „zur Steuerung der Zuwanderung und Förderung der Integration“ beantragt. Damit steigt der Druck auf die Unionsparteien in der Ausländerpolitik weiter. In der Union blockiert bisher vor allem die CSU jede Änderung im Staatsbürgerschaftsrecht, selbst die von Teilen der CDU eingeräumte „Kinderstaatsangehörigkeit“ für hier geborene Kinder von Ausländern wird z.B. von Bayerns CSU-Innenminister Beckstein vehement abgelehnt. Die SPD fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, bis 27. Juni ein Gesetz zur Reform der Staatsangehörigkeit vorzulegen.

GLEICHSTELLUNG. Mit zahlreichen Protestaktionen haben Behinderte und ihre Organisationen in der vergangenen Woche erneut Gleichstellungsgesetze und die Abschaffung der Sonderschulen gefordert. Behinderte und Nichtbehinderte müßten gemeinsam in die Schule gehen, forderte der Koordinator der Aktionen, Ottmar Miles-Paul, in Kassel. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer warf der Bundesregierung aus Anlaß der Aktionen erneut vor, sie dränge durch ihre Politik die Behinderten ins soziale Abseits. Im Frühjahr 1997 seien 200.000 Behinderte arbeitslos, mehr als je zuvor. Auch die geplanten Kürzungen der Behindertenrenten bedeuteten eine zusätzlich Belastung kranker Menschen.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Der Bundestag hat nach den Beratungen in dieser Woche wieder Sitzungspause und tritt regulär erst wieder am 2. Juni zusammen. Dann dürfte es sofort unter anderem um Maßnahmen zur Sicherung des Haushalts 1997 gehen sowie um die diversen Vorschläge zur Steuerreform. Vorher trifft Kohl u.a. noch mit Frankreichs Staatspräsident Chirac zusammen, um kurz vor den französischen Wahlen u.a. den EU-Gipfel Mitte Juni in Amsterdam vorzubereiten.

„Innere Sicherheit“

Vorverlegung gen Osten

In diesen Tagen erscheint die neue Kriminalstatistik. Das nutzte Bundesinnenminister Kanther schon im Vorfeld, um wieder vor der Bedrohung durch „Bandenkriminalität“, speziell „ausländische“, zu warnen.

Dieses Thema wird nicht nur in den nächsten Tagen und Wochen die Versuche prägen, die öffentliche Meinung reaktionär zu formieren. Der erste Bürgermeister Hamburgs, Voscherau, hat auf dem SPD-Landesparteitag Anfang Mai, der ihn als Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahlen im September nominierte, eine Grundsatzrede gehalten, in der er ankündigte, die „innere Sicherheit“ unter dem Motto von „law and order“ in den Mittelpunkt des Wahlkampfes und seiner zukünftigen Politik zu stellen. Von der CDU/CSU ist eine entsprechende Planung für den Bundestagswahlkampf bekannt. Die Äußerungen Voscheraus lassen befürchten, daß die SPD propagandistisch und materiell, bei der Entfaltung staatlicher Gewalt, in der Konkurrenz mit der Rechten und äußersten Rechten mitzuhalten gedenkt.

Die Schwerpunktsetzung der staatstragenden Parteien hat ihre Ursache nicht in der tatsächlichen Entwicklung der Kriminalität. Tatsächlich stagniert die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten seit 1992. Sie hat ihre Ursache auch nicht in den Ängsten der Bevölkerung. Zwar trifft, Umfragen zufolge, zu, daß das Bedrohungsgefühl zunimmt. Aber die Kriminalitätsangst entsteht in sehr engem Zusammenhang mit den allgemeinen Existenzängsten, der Angst vor dem Verlust von Arbeitsplatz, Wohnung, unsicherer Rente etc. Die Bedrohungspropaganda spielt auf eine außerordentlich gefährliche Weise mit diesen existentiellen, materiellen Ängsten und verschafft ihnen ein Feindbild: die „organisierte Kriminalität“, vornehmlich von Ausländern, ein Feindbild, das für den einzelnen unfaßbar, dunkel, bedrohlich, übermäßig scheint.

Es soll an dieser Stelle jedoch die Aufmerksamkeit nicht so sehr auf die Dämonisierung der „organisierten Kriminalität“ gerichtet werden und auch nicht auf die Propaganda vom überdurchschnittlich hohen Anteil von Ausländern an den erfaßten Straftaten, über deren rassistischen und Tatsachen fälschenden Charakter schon einiges geschrieben wurde, sondern auf die Motive der Bedrohungspropaganda.

Diese rechtfertigt im Innern eine Ausrüstung des staatlichen Gewaltapparates durch immer neue, die individuellen Abwehrrechte gegen den Staat zunehmend aufhebenden Gesetze, zuletzt das BKA-Gesetz, die in ihrer Anhäufung das Bestreben verraten, die Bindung der Exekutive durch und an das Recht aufzulösen.

Sie rechtfertigt aber auch die Vorverlegung der „inneren Sicherheit“ der BRD in andere Länder, die mit der Militarisierung der deutschen Außenpolitik einher geht. Kaum zufällig in der Militärzeitschrift „Europäische Sicherheit“ (5/97)

amte entsandt, die ihren Dienst bei den Botschaften mit Diplomatenstatus versehen und für den sog. „kleinen Dienstweg“ sorgen.

Des weiteren baut die BRD die Ausstattungs- und Ausbildungshilfen für ausländische Polizeien, die seit 34 Jahren existieren, zur Zeit gewaltig aus. Von Mitte der 80er bis in die Mitte der 90er zahlte sie an 31 Staaten insgesamt knapp 120 Mio. DM. Im Dreijahresplan 1995 bis 1998 sind 166 Mio. DM Ausstattungshilfe vorgesehen, der größte Brocken für Osteuropa. Im Rahmen dieser Ausstattungshilfe werden zwar offiziell nicht

Waffen geliefert, jedoch Datenverarbeitungsgeräte, Kraftfahrzeuge, Kommunikationsmittel etc. Sie ist ein nicht zu unterschätzendes Mittel, um auf die Arbeit und Ausrichtung anderer Polizeien Einfluß zu nehmen und Abhängigkeiten zu schaffen.

Schließlich ist die BRD eine der Hauptkräfte beim Aufbau von Europol. Die Europol-Konvention ist abgeschlossen und steht zur Ratifizierung an. Auf „deutsche Initiative“, röhmt sich der Staatssekretär in der „Europäischen Sicherheit“, sei die Vorläuferinstitution, 1994 zur Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung eingerichtet, mit einem Mandat für die Bekämpfung von Nuklearkriminalität, illegale Einschleusung und Kfz-Vertriebung ausgerüstet.

Damit immer noch nicht genug. Derzeit sucht die BRD nach einem Weg, die osteuropäischen Länder, die der EU nicht angehören, vertraglich einzubinden und auf die eigenen Zielvorstellungen festzulegen. Im Bundesinnenministerium peilt man dazu die OSZE an: Diese müsse Konsequenzen daraus ziehen, „daß die Sicherheit der Nationen, der Staaten heute, durch Organisierte Kriminalität häufig stärker gefährdet ist als durch Bedrohung von außen“. (ES 5/97) Nach diesen Vorstellungen soll die OSZE die Sicherheit der BRD gegen die Folgen der Vereinigung, für die die imperialistischen Metropolen maßgebliche Verantwortung tragen – Entwurzelung, Landvertriebung, Massenflucht, auch Kriminalität, aber auch mögliche Aufstandsbewegungen – garantieren. scc



Titelbild einer Ausgabe der vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Zeitschrift „Innere Sicherheit“.

führt Staatssekretär Schelter aus dem Bundesinnenministerium aus: Man müsse den Nuklearschmuggel nicht nur beklagen, sondern die Quellen entdecken und verstopfen; beim Drogenschmuggel müsse man „strategisch und operativ“ in den Anbau- und Herstellerländern ansetzen und die Transitländer in „unseren Sicherheitsverbund“ holen; die Schlepperkriminalität dürfe nicht erst an der Grenze bekämpft werden, man müsse vielmehr in den Dokumentenfälschungswerkstätten in den betreffenden Ländern ansetzen und die Routen kontrollieren ...

Nicht zuletzt gegen die östlichen Nachbarländer, angeblich die hauptsächliche Basis für den Angriff der OK auf die BRD, richtet sich die Ausdehnung des deutschen Staatsapparates. Mit Bulgarien, Tschechien, der Slowakei, Polen und Ungarn hat die BRD bereits in den letzten Jahren bilaterale Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der „Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten“ abgeschlossen; hinzugekommen sind zuletzt Weißrussland, Estland, Lettland, Kasachstan, die Ukraine, Usbekistan, Vietnam, ein Abkommen mit der Russischen Föderation soll folgen. Die Abkommen regeln vor allem Informationsaustausch und Zusammenarbeit bei den Ermittlungen: In inzwischen 31 Ländern hat das BKA Verbindungsbe-

rote Hilfe Bundesvorstand protestiert

Betätigungsverbot gegen MRTA-Vertreter?

Isaac Velazco, seit 1984 Aktivist der MRTA, wurde 1988 in Peru verhaftet und mißhandelt. 1992 verlor er sein Auge. Er mußte fliehen und erhielt Asyl in Deutschland. Isaac Velazco, der in Hamburg lebt, vertritt die MRTA in Europa. Nicht zuletzt ist es seiner Tätigkeit

zu verdanken, daß in den letzten Wochen und Monaten die Informationen über die Ziele der MRTA-Botschaftsbesetzung in Lima, über die Lage der politischen Gefangenen in Peru, über die der Regierung Fujimori von Anfang an betriebene militärische Lösung der Besetzung nicht vollständig unterdrückt werden konnten. Nun versucht der Bundesinnenminister, durch ein Betätigungsverbot gegen Velazco authentische Berichte zukünftig zu unterbinden. Wir dokumentieren einen offenen Brief der Roten Hilfe e.V.

„Mit Empörung haben wir zur Kenntnis genommen, daß Sie auf Initiative des Bundesinnenministers dazu angehalten wurden, ein politisches Betätigungsverbot gegen den Europasprecher der MRTA/Peru, Isaac Velazco, auszusprechen.

Hiermit protestieren wir energisch gegen den Versuch, einen Sprecher einer ausländischen politischen Bewegung mundtot zu machen, nur weil er die Verhältnisse in seinem Heimatland sowie die Umstände der Erstürmung der japanischen Botschafterresidenz in Lima am 23. April 1997 beim Namen nennt. Von zahlreichen lateinamerikanischen Menschenrechtsorganisationen werden die Erstürmung der Botschafterresidenz und die Erschießung aller Mitglieder des MRTA-Kommandos als bewußtes Massaker kritisiert. Zu keinem Zeitpunkt habe die Bereitschaft zu einer politischen Lösung der Botschaftsbesetzung bestanden. Dies ist auch die Auffassung von Herrn Velazco. Weiterhin gibt er bekannt, daß damit die politischen und sozialen Probleme Perus keineswegs gelöst seien und weitere Aktionen der MRTA folgen würden. Dafür soll ihm hier im Exil ein Maulkorb verpaßt werden, soll ihm das Grundrecht auf freie politische Betätigung aberkannt werden. Dies ist nicht hinnehmbar.

In der Bundesrepublik gibt es eine lange Tradition, unliebsame ausländische politische Organisationen mundtot zu machen, sie zu kriminalisieren und zu verbieten. Dies fängt an mit dem Verbot der Generalunion der palästinensischen Studenten und reicht über das Verbot von Devrimci Sol bis hin zum PKK-Verbot. Wurden diese Organisationen noch für Aktionen, die ihnen in der Bundesrepublik zur Last gelegt wurden, verboten, soll nun schon die politische Äußerung zu den Verhältnissen im Heimatland ausreichen, ein politisches Betätigungsverbot zu verhängen. Dagegen protestieren wir energisch.

Die Rote Hilfe ist eine bundesweite Schutz- und Solidaritätsorganisation mit zur Zeit etwa 3.000 Mitgliedern, die sich für in der BRD politisch Verfolgte einsetzt und Solidarität organisieren möchte. Wir erklären uns explizit solidarisch mit Herrn Velazco und weisen jeden Versuch, gegen ihn ein politisches Betätigungsverbot auszusprechen, zurück.“

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Prozeß wg. Bad Kleinen

Ein Urteil gegen die Pressefreiheit

Das Amtsgericht Hamburg-Altona hat die presserechtlich verantwortliche Redakteurin des Angehörigen Infos am 29. April für schuldig befunden, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch den Abdruck zweier Artikel böswillig verächtlich gemacht zu haben (§90a), und zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen à 30,- DM verurteilt. In beiden Artikeln vom Januar 1996 war die Auffassung vertreten worden, das RAF-Mitglied Wolfgang Grams sei im Juni 1993 in Bad Kleinen ermordet worden. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, da Berufung eingelegt wurde.

Die Staatsanwaltschaft Hamburg und die Richterin folgten der Bundesanwaltschaft, die wie in den bisherigen rund 25 Fällen das Verfahren eingeleitet hatte. Demnach seien durch die Meinungsäußerung nicht etwa bestimmte Organe der BRD bzw. die staatliche Praxis im Unterschied zur verfassungsmäßigen Ordnung verunglimpt worden, sondern die verfassungsmäßige Ordnung selbst. Und zwar nach Auffassung der Staatsanwaltschaft auch dann, wenn unterstellt werde, Wolfgang Grams sei tatsächlich von GSG-9-Beamten erschossen worden. Denn mit der Charakterisierung der Todesumstände als „Mord“ werde behauptet, der Tod Wolfgang Grams sei geplant, Ziel und Ergebnis eines Komplottes, in dem die verschiedenen beteiligten Behörden (Bundesanwaltschaft, BKA, GSG 9, Bundesinnenministerium, Staatsanwaltschaft Schwerin etc.) ihr Handeln planvoll ausgerichtet und aufeinander abgestimmt haben. Damit werde ein Szenario entworfen, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun habe und nur der Absicht diene, die verfassungsmäßige Ordnung zu beschimpfen.

Eine solche Argumentation ist in beiden Artikeln weder entwickelt noch auch nur angedeutet. So sind die Ausführungen von Staatsanwaltschaft und Gericht, die sich wohl eng an die von der BAW gefeierte Begründung hielten, zwar aufschlußreich, aber nur für die Denkstruktur ihrer Urheberin, der Karlsruher Behörde, die für die Vorgänge in Bad Kleinen maßgebliche Verantwortung trägt.

Die Todesumstände Wolfgang Grams', darauf weisen auch die beiden fraglichen Artikel hin, sind nicht aufgeklärt. Zwar hat die Justiz, vorerst endgültig durch die Abweisung des Klageerzwingungsverfahrens der Eltern des Toten, als Tatsache festgestellt, daß Grams sich selbst getötet habe. Aber im Ermittlungsgang – und hier liegt in jedem Fall ein gewaltiges strukturelles Problem – hat ein großer Apparat, hat jede Stelle darin von der BAW über das BKA, das Bundesinnenministerium, die GSG 9 bis zur Staats-

anwaltschaft unterlassen, geirrt, versäumt, vergessen, voreilig gehandelt, übersehen, beseitigt ... so daß das offizielle Ermittlungsergebnis der Vernunft Hohn spricht, weil es als „wahr“ verkündet, nicht was überprüfbar ist, sondern was der Staatsräson entspricht.

Gerade deshalb, weil sie den Tod nicht aufgeklärt hat, kann die Justiz mit ihrem Verdict, Grams habe sich selbst getötet, den politischen Diskurs über die Vorgänge von Bad Kleinen nicht beenden, verletzt der Versuch, das durch Strafverfolgung zu tun, rechtsstaatliche Grundsätze. Die im öffentlichen Meinungskampf geäußerte Ansicht, Wolfgang Grams sei hingerichtet, ermordet worden, wird weder leichtfertig erhoben, noch ist sie nachweisbar unwahr; deshalb läßt sich nach allgemeiner Rechtsprechung selbst der unsägliche §90a nicht heranziehen, um die Meinungsäußerung zu unterdrücken. scc

SPD-Vorschlag zur Rentenreform

Umverteilung von unten nach oben bleibt

Inzwischen liegen sowohl aus dem Ministerium Blüm als auch aus der SPD ausführliche Kommissionsberichte zur Reform der Rentenversicherung vor.

Der Blüm-Kommissionsvorschlag stammt vom Februar, der SPD-Vorschlag vom 4. Mai 1997. Beide Kommissionen beanspruchen, eine kurz- und langfristige Absenkung der Beiträge zu ermöglichen unter Beibehaltung des Grundkonzeptes der Rentenversicherung, also der Beitragsbezogenheit der Rentenhöhe und des sogenannten Generationenvertrags, d.h. die aktiv Beschäftigten zahlen per Beiträge die laufenden Renten.

Die Unterschiede liegen in den langfristigen Folgen. Die Blüm-Kommission strebt an: Die Rentenformel wird um einen „demographischen Faktor“ ergänzt. „Dieser Faktor soll die längere Rentenbezugsdauer als Folge des Anstiegs der Lebenserwartung berücksichtigen“; die Renten würden sinken. Im Gespräch ist eine Absenkung des 45-Versicherungsjahre-Rentenniveaus von derzeit 70% des lebensdurchschnittlichen Nettolohnes auf 64%. Gleichzeitig spricht die Kommission von einer Stärkung der 2. und 3. Säule im System der Alterssicherung, d.h. der Betriebsrenten und der privaten Lebens- und Rentenversicherung durch staatliche Förderung. Am Ende stünde dann eine Normalrente auf Sozialhilfenniveau, der Rest müßte privat erledigt werden – so wie es die FDP schon lange fordert.

Dem gegenüber will die SPD-Kommission das gegenwärtige Rentenniveau unangetastet lassen, die Beitragspflicht auf geringfügig Beschäftigte und „Scheinselbstständige“ ausdehnen (darin übrigens einig mit der Blüm-Kommissi-



on) sowie durch verschiedene Maßnahmen die Zahl der Erwerbspersonen langfristig erhöhen. Besondere Mühe hat die SPD-Kommission aufgewandt, Vorschläge zu machen, die die eigenständige Alterssicherung von Frauen verbessern würden – aus Platzgründen kann hier nicht näher darauf eingegangen werden. Ebenso akzeptabel sind für sich genommen die Vorschläge, die die SPD-Kommission unter dem Titel „Harmonisierung der Alterssicherungssysteme“ macht, Stichwort Beseitigung von Privilegien bei den Pensionen für höhere Beamte. Ebenfalls begrüßenswert, daß die SPD für die Einführung einer steuerfinanzierten und bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung im Alter und bei Invalidität eintritt. Dennoch bleiben zwei große Schwachpunkte an dem SPD-Vorschlag.

Erstens: der mit dem Reformkonzept verbundene Zwang zur Ausdehnung der Erwerbsarbeit. Die Kommission beschreibt, was ihrer Meinung nach zu einer „langfristig angelegten Strategie zur Erhöhung der Beschäftigung und zur Vergrößerung der Zahl der Beitragszahler“ gehört:

„.... Förderung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor, aktive Arbeitsmarktpolitik und Umverteilung der Arbeit. • Eine Arbeitsmarkt-Ordnungspolitik, die der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und der Aushöhlung des Sozialversicherungsschutzes entgegenwirkt, ohne die notwendige Flexibilität des Arbeitsmarktes zu beeinträchtigen ... • Erhöhung der Frauenarbeitsquote ... • Bekämpfung der Frühinvalidität durch Verbesserungen im Arbeitsschutz und bei der Rehabilitation sowie durch Verkürzung der Arbeitszeit. Die Vermeidung der Frühinvalidität verlängert die Lebensarbeitszeit auf eine humanere und effektivere Weise als die weitere Erhöhung des Rentenalters. Zudem erhöht sie, weil sie nur langfristig wirkt, das Arbeitskräfteangebot nicht zu einer Zeit, in der noch immer hohe Arbeitslosigkeit herrscht. • Förderung der Erwerbsarbeit im Alter, vor allem durch spezielle Qualifizierung

und durch gleitenden Übergang von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand. • Längerfristig Förderung der kontrollierten Zuwanderung, um die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu vergrößern.“

Damit gewinnen die erwähnten positiven Reformansätze der SPD-Kommission einen unangenehmen Beigeschmack. Verbesserte Altersversorgung für Frauen, um noch mehr dem Arbeitsmarkt zuzuführen, Einwanderung, um die Renten der Deutschen zu finanzieren, Arbeitsschutz, um die Lebensarbeitszeit zu verlängern – diese Begründungen, die eine erweiterte Verwertbarkeit von Arbeitskraft fürs Kapital hervorheben, sind von vornherein im Hintertreffen gegenüber dem Totschlagargument für soziale Gesichtspunkte, dem berüchtigten „Standort Deutschland“. Die SPD-Argumente sind schwach: Die Gegenseite wird stets sagen können, wir senken die Kosten dadurch, daß notwendige Rücklagen fürs Alter nicht mehr vom Unternehmer zu zahlen sind, da treibt in noch ganz anderem Maße Arbeitskraft auf den Markt.

Man könnte über diese ideologische Schwäche des SPD-Vorschages noch wegsehen, wenn nicht auch bei den praktischen Vorschlägen ein entscheidender Mangel vorhanden wäre.

Das geltende Rentenversicherungssystem bewirkt eine gewaltige Umverteilung von unteren Einkommen zu den oberen. Bekanntlich ist im statistischen Durchschnitt die Lebenserwartung für Bezieher höherer Einkommen um einiges länger als für die Bezieher niedrigerer Einkommen – wer arm ist, stirbt früher! Die Rente ist im großen und ganzen ebenfalls um so höher, je höher das frühere Einkommen war. Oder anders gesagt: Der Malocher, der kurz nach 65 stirbt, finanziert mit seinen Beiträgen die Rente, die weit über dem liegt, was die Reproduktion von Arbeitskraft umfaßt. Umgekehrt aber sind die Lohnanteile, die als Anteil am Profit zu bezeichnen sind, von der Beitragszahlung ausgenommen. Denn für Einkommen ab der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 8.200

DM brutto monatlich steigt der Beitrag zur Rentenversicherung nicht mehr an. Damit sinkt die relative Belastung für höhere und höchste Einkommen.

Daß beim SPD-Vorschlag die Forderung nach Anhebung oder Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze (bei Beibehaltung einer Höchstrente) nicht enthalten ist, läßt befürchten, daß es bei dem ganzen Vorschlag nicht um eine soziale und solidarische Reform der Rentenversicherung geht, sondern um Verhandlungsmasse für Große-Koalitions-Spiele mit der Regierung. *alk*

Quelle: Strukturreform statt Leistungskürzung, Vorschläge der Alterssicherungskommission der SPD, über Internet (<http://www.spd.de>)

Rundfunkfusion im Südwesten

Neuer Landessender in der Zwangsjacke

Der neue Rundfunkstaatsvertrag für einen Landessender in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist von den Parteien begutachtet worden. Außer den Regierungsparteien will niemand die Euphorie der „Väter“ des künftigen Südwestrundfunk SWR teilen.

Zu deutlich wird, daß die Politiker ihren Einfluß auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verstärken wollen, daß die Bildung des SWR ein großer Schritt zur Neuordnung der gesamten ARD werden soll, bei der nur noch einige wenige große Sender übrigbleiben sollen, und daß damit die Waagschale im Konkurrenzkampf zwischen den privaten und den öffentlich-rechtlichen Sendern deutlich zugunsten der Privaten gesenkt werden soll.

Die erste Frage ist wohl: Was wird der neue Sender im Vergleich zu SDR und SWF bieten?

Bisher konnten die Hörerinnen und Hörer in Teilen des Sendegebiets beide Sender empfangen und hatten so eine vielfältige Auswahl. Die Ministerpräsidenten Beck (Rheinland-Pfalz) und Teufel (Baden-Württemberg) sagen, das sei nur eine Minderheit. Aber immerhin. Vor allem kann man jetzt noch im gesamten Sendegebiet von SDR und SWF beide Sender über Kabel empfangen.

Nach der Vereinigung zum SWR fällt diese Auswahl weg. So war es auch schon bei der von Späth durchgesetzten Fusion der zwei Kulturprogramme in das eine S2. Die Auswahl verschwand.

Aber auch bei dem, was gesendet wird, greifen Beck und Teufel ein. Im Rundfunkstaatsvertrag wollen sie für den SWR die Programmstruktur festsetzen; Änderungen sollen nur mit Zustimmung der beiden Länderparlamente möglich sein; es werden nur vier Programme erlaubt, eine Regionalisierung der Gemeinschaftsprogramme, z.B. des Kulturprogramms, wird ausdrücklich verboten, ebenso ist eine Beteiligung an multimedialen Diensten und Märkten untersagt. Eine inhaltliche Modernisie-

nung und Weiterentwicklung der Programme, eine Anpassung an neue Hörerwünsche und -gewohnheiten wird dadurch verhindert oder massiv eingeschränkt. Die IG Medien reagiert darauf mit der derben Kritik: „Dem Volk wird ein Stück Rundfunkfreiheit gestohlen.“ Denn nach der Verfassung muß der Rundfunk staatsfern sein, und die Programmhoheit liegt ausschließlich bei den Sendern selbst; das hat auch das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen bestärkt und ausgeführt.

Die Absicht der Einflußnahme der Politik auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zeigt sich auch in der geplanten Zusammensetzung des Rundfunkrates. Der Rundfunkrat soll die Kontrolle und den Einfluß der verschiedenen Teile und Kräfte der Gesellschaft sicherstellen. Aber schon jetzt sind die Sitze so verteilt, daß zum Beispiel die Gewerkschaften unterrepräsentiert und gesellschaftliche Minderheiten ausgeschlossen sind; die Belegschaften haben überhaupt keine Stimme. Das wollen Teufel und Beck in ihrem Entwurf noch verschlimmern: über zwanzig Prozent der Sitze im neuen Rundfunk- und Verwaltungsrats sollen von der Regierung und den Landtagen gestellt werden. In den vergangenen Jahren gab es mehrere Eingriffe, wo Teufel oder die CDU gegen Sendungen vorgingen, die ihnen zu kritisch waren. Das wird in Zukunft erleichtert.

Als weitere Auflage geben Beck und Teufel dem neuen Landessender mit, daß er alle seine Frequenzen durchforsten muß, um möglichst viele an die privaten Sender abzugeben. Zusammen mit dem teilweisen Werbeverbot für den SWR zeigt das, daß den kommerziellen Sendern in der Konkurrenz gegen die öffentlich-rechtlichen aufgeholfen werden soll.

Der eine Sender wird auch nicht weniger Verwaltungsaufwand haben als jetzt die beiden Sender SDR und SWF, dafür sorgt schon die Konstruktion mit dem Sitz der Intendanz in Stuttgart und der Produktion in Baden-Baden und Mainz. Alle Erfahrung zeigt, daß kleine, selbständige Arbeitseinheiten weniger Verwaltung brauchen als Untergliederung einer größeren Organisation, denn die brauchen natürlich eine Aufsicht.

Wenn also am 1. Oktober 1998 nicht ein Südwest-Staats-Rundfunk den Betrieb aufnehmen soll, haben die Gewerkschaften und die Opposition in den Landtagen noch einige Arbeit zu leisten. Die CDU und die FDP finden den Entwurf bestens. Den REP geht er nicht weit genug, sie wollen die kommerziellen Sender noch mehr unterstützen. Die SPD will am Vertragstext nichts ändern, nur die Auslegung sollte halt besser werden. Die Grünen haben angekündigt, daß sie unter Umständen den Weg vors Verfassungsgericht gehen werden, um die Rundfunkfreiheit und die Staatsferne des Senders zu verteidigen.

Die IG Medien sagt: Weiterkämpfen lohnt sich. Wir werden sehen. *ulk*



Gemeinsam gegen ein deutsches Europa

Am 1. Mai bei der KSCM in Prag

Anders als bei uns gehen in Tschechien am 1. Mai nicht die Gewerkschaften auf die Straße, sondern die Parteien, die sich aus der Arbeiterbewegung ableiten: KSCM (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) und CSSD (Tschechische Sozialdemokratische Partei). Von der sozialdemokratischen Versammlung in Prag am 1. Mai 1997 meldete das tschechische Fernsehen 500–800 Teilnehmer, von der kommunistischen 15.000–20.000.

Der Präsident als Zeitungsjunge

Die Kommunisten haben sich auf der Letna-Höhe versammelt, unsichtbar für die Touristen, die bereits die Stadt bevölkern. Selbst wer nach dem Besuch des Jüdischen Viertels vom Moldau-Ufer aus über die Cech-Brücke hinaufschaut zum Letna, sieht nichts als einen Hang blühender Bäume und ganz oben darüber – an der Stelle, wo einst das Stalin-Denkmal stand – das „Metronom“. In ewig gleichem, gemessenem Rhythmus läßt es seinen Riesenzeigefinger über den Himmel streichen, als könne es der Stadt seinen stereotypen Takt aufzwingen und der Geschichte verbieten, heute bleiern dahinzuschleichen und morgen schon wieder Siebenmeilensprünge zu vollführen.

Um 9 Uhr setzt auf der Bühne am stadtabgewandten Hang des Letna-Plateaus Blasmusik ein. Feiertäglich gekleidete Menschen strömen herbei, die Buden und Stände rings um den Platz werden besichtigt. Es gibt Popcorn und Würstchen, Kinderspielzeug, Coca Cola und rote Doppelkirschen zum Anstecken. Die roten Kirschen, einem Lied der Pariser Commune entnommen, sind das Symbol der KSCM, der Nachfolgerin der früheren Regierungspartei KSC (KP der Tschechoslowakei) mit jetzt noch etwa 150.000 Mitgliedern, davon ca. 15.000 in Prag.

An den Tischen mit den Spendenkarten liefert jeder Neuankömmling unverlangt seinen Beitrag zum Wahlkampffonds ab. Am Bücherstand gibt es u.a. eine Neuauflage von Julius Fuciks berühmter „Reportage unter dem Strang geschrieben“, eine aktuelle Broschüre gegen den NATO-Beitritt und eine Dokumentation zur deutsch-tschechischen Erklärung.

An einer Ecke ertönt immer wieder hellauf Gelächter. Ministerpräsident Klaus steht dort höchstpersönlich und verkauft maskenhaft-rosa grinsend, Zeitungen mit der Schlagzeile „Balíček – dárek bankérum a akcionárum“: „Das Sparpaket – ein Geschenk für Banker und Aktionäre“. Das Blatt findet reißenden Absatz.

Weg mit den Unfähigen, die zu allem fähig sind!

Um 10 Uhr wird die Versammlung mit dem Abspielen der tschechischen und der slowakischen Nationalhymne eröffnet. Bei der Vorstellung, das „Deutschlandlied“ würde am 1. Mai auf dem Münchner Marienplatz gespielt, schüttelt es mich. Aber das Verhältnis der Arbeiterbewegung im imperialistischen Deutschland zu Staat und Nation muß zwangsläufig ein anderes sein als das der Arbeiterbewegung in der Tschechischen Republik, deren Souveränität und territoriale Integrität schon wieder von eben diesem imperialistischen Deutschland bedroht wird. Auch bei der Teilung der Tschechoslowakei in zwei selbständige Staaten – die Tschechische und die Slowakische Republik – zum Jahreswechsel 1992/93 hat die BRD die Finger im Spiel gehabt. Mit dem Abspielen der tschechischen und der slowakischen Hymne unmittelbar nacheinander – wie früher – protestiert die KSCM gegen die Teilung.

Hauptredner der Versammlung ist der Vorsitzende Miroslav Grebenícek. Im Mittelpunkt seiner Rede stehen die wirtschaftliche Misere und die Angriffe der Regierung auf die soziale Lage der Bevölkerung. Begeisterter Applaus zeigt, daß er die Sorgen seiner Zuhörer getroffen hat. Sprechchöre kommen auf. „Demise! Demise!“ tönt es über den Platz: „Rücktritt! Rücktritt!“ Dazu klingen Hunderte von Schlüsselbünden.

1989 forderten die „samtenen“ Konterrevolutionäre auf ihren Demonstrationen mit dem Klingen der Schlüssel den Rücktritt der kommunistischen Regierung. Jetzt gilt das Klingen der rechten Regierung, die das Blaue vom Himmel herunter versprochen und statt dessen Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit über das Land gebracht hat, die das Volkseigentum verscherbelt, Kulturbauten, Krankenhäuser und Schulen schließt, die Löhne im öffentlichen Dienst einfriert (bei einer Inflationsrate von etwa acht Prozent), das Rentenalter heraufsetzt, das Kindergeld kürzt, keine Wohnungen mehr baut und zusieht, wie die Mieten in die Höhe schnellen. Und die dabei großzügig Geld lockermacht für Papstbesuche – der dritte innerhalb von acht Jahren hat gerade stattgefunden, genau hier oben auf der Letna-Höhe hat der Papst vor fünf Tagen die Probleme des Volkes der himmlischen Güte anempfohlen – und für den Ersatz der Verluste, die durch betrügerische Bankengeschäfte verursacht wurden. Der jüngste Bankskandal ist noch aktuelles Thema jeder Nachrichtensendung. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die Regierung künftig von den Hochschülern Studiengebühren verlangen will.



Eine Roma-Musikgruppe leitet das Kulturprogramm ein.

Das kann doch wohl nicht wahr sein, daß sie, die Kommunisten, die in Betrieben, Kommunen und Staat Verantwortung trugen, für ihr Bemühen mit Schimpf und Schande davongejagt wurden, daß man sie noch heute öffentlich im Parlament als „Abschaum“ und „Gesindel“ schmäht, damit nun eine Regierung schalten und walten kann, die keins der

Probleme löst, sondern nur neue schafft und sich derweilen ungeniert bereichert. „Weg mit einer Regierung der Unfähigen, die zu allem fähig ist!“ ruft Grebenícek und kündigt an, daß seine Fraktion in der Mai-Sitzung des Parlaments einen Mißtrauensantrag stellen wird. Begeistert klingen die Schlüssel: „Demise! Demise!“

Freundschaft ja – Erklärung nein

Ein weiteres Thema, das Grebenícek ausführlich behandelt, ist die deutsch-tschechische Erklärung. Vor einer Woche hat der tschechische Präsident Václav Havel vor dem deutschen Bundestag gesprochen, vor zwei Tagen Bundespräsident Herzog vor Parlamentariern und sonstigen Würdenträgern im Wenzelsaal der Prager Burg. Die 22 kommunistischen Abgeordneten sind demonstrativ ferngeblieben.

Havel, so kritisiert Grebenícek, habe im Bundestag mehr Verständnis für die Ansprüche deutscher Großmachtpolitiker und Revanchisten gezeigt als für die berechtigten Ansprüche und Besorgnisse der tschechischen Bürger. „Auch an dieser Stelle“, fährt der KSCM-Vorsitzende fort, „erkläre ich, daß Chauvinismus und Nationalismus uns fremd sind. Wir sagen Ja zur tschechisch-deutschen Freundschaft auf der Basis von gleich zu gleich. Wir sagen Nein zur tschechisch-deutschen Erklärung und zu jedem, der aus den Opfern des deutschen Faschismus die Schuldigen machen will und die Unschuldigen aus jenen, die die Tschechoslowakische Republik zerschlugen.“

Auf ein Gespräch zwischen Havel und dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, bei

einem Empfang nach Havels Bundestagsrede anspielend, sagt Grebenícek weiter: „Wir sind beunruhigt, wenn der höchste Vertreter der Tschechischen Republik fremde Interessen durchsetzt und sich in eine Situation hineinmanövriert läßt, wo ihm als Partner nicht der Bundespräsident bzw. die Bundesregierung gegenübersteht, sondern der Ver-

treter einer Interessenorganisation, die ihre feindliche Einstellung zu allem, was tschechisch ist, nicht verhehlt.“

Gemeinsam gegen ein deutsches Europa

Nach Grebenícek spricht Gisela Grunwald von der PDS-Bezirksorganisation Berlin-Pankow. Sie erinnert an die freundschaftlichen Verbindungen, die



Gisela Grunwald überbringt die Grüße der PDS-Bezirksorganisation Berlin-Pankow: „Gemeinsam gegen deutsche Großmachtpolitik!“

seit vielen Jahren zwischen Berlin und Prag bestehen. Dann spricht auch sie über die deutsch-tschechische Erklärung. Ausführlich kritisiert sie deren Text, aber um so unverständlich bleibt es den Zuhörern, was das Positive sein soll, was die Bundesregierung nun endlich, viel zu spät, begriffen habe und um dessen Willen rund die Hälfte der PDS-Abgeordneten im Bundestag der Erklärung zugestimmt habe. Die Gesichter sind skeptisch, der Beifall spärlich und zögernd. Erst als die Genossin das Thema wechselt und anprangert, wie deutsche Konzerne über die tschechische Wirtschaft herfallen, wird die Resonanz freundlicher. Und als sie schließlich zum gemeinsamen Kampf gegen ein deutsches Europa aufruft und erklärt: „Wir wollen Freundschaft und Gleichberechtigung! Wir wollen nicht gefürchtet werden als Bürger eines Deutschlands, das von neuem Hegemonie über Europa anstrebt!“, antwortet ihr spontaner, herzlicher Applaus.

Wer zuletzt lacht ...

Als letzter Redner folgt der Vertreter des Kommunistischen Jugendverbandes, Zdenek Stefk. Dann wird der offizielle Teil des Programms mit der Internationale abgeschlossen. Was nicht heißt, daß jetzt alle nach Hause gehen. Viele bleiben, um sich das Kulturprogramm anzusehen und anzuhören, das sehr temperamentvoll von einer Gruppe Roma-Musiker eingeleitet wird. Dann kommen Lieder, Gedichte, und schließlich beherrschen die Kabarettisten die Bühne. Schade, daß ich die Sprache nicht verstehe. Aber auch so ist unverkennbar, daß die Künstler dem hintergründig-deftigen Ruf des tschechischen Humors alle Ehre machen. Die Zuhörer tragen mit ihren Zurufen dazu bei, und herhaft schallt ihr Lachen bis hinüber zum Metronom, dessen Riesenzeigefinger von rechts nach links, von links nach rechts, von rechts nach links über den Himmel streicht.

Renate Hennecke



1. Mai in Istanbul

Den 34 Toten des 1. Mai 1977 wurde morgens am Taksimplatz kurz von einer kleinen Delegation gedacht, danach sammelten sich ca. 100.000 Menschen auf einem gesperrten Autobahnzubringer, weit weg von der Innenstadt und dem Taksimplatz. Von dort sollte der Marsch auf den Abidei Hürriyet Platz gehen (der ebenfalls sehr abgeschieden liegt), wo die Abschlußkundgebung stattfinden sollte.

Die Polizei hatte unmittelbar nach dem Sammelplatz Kontrollpunkte aufgebaut, durch die die gesamte Demonstration geschleust werden sollte. Die Kontrollen wurden erstmals in neuer Form durchgeführt: Jede Person wurde einzeln in Kabinen, ähnlich Flughafenkontrollen, durchsucht. Dieser Vorgang dauerte extrem lange, nach mehreren Stunden hatte noch nicht einmal die Hälfte der DemonstrantInnen die Kontrollen passiert.

Als die Gewerkschaftsblöcke und die Berufsverbände sowie kleine Parteiblöcke durch waren und die Abschlußkundgebung schon lief, kam die Reihe an die revolutionäre Kräfteeinheit, deren Mitglieder sich nicht durchsuchen lassen wollten. Verhandlungen mit dem Organisationskomitee der Gewerkschaften führten zu nichts, es ging nicht weiter.

Dadurch wurde der allergrößte Teil der Demonstration, die Blöcke von HADEP, der Plattform für Rechte und Freiheiten und der ÖDP sowie Direnis, Kaldırac, Odak, Rızgari, YCK, DHKP/C und der in-

ternationale Block mit ca. 40 Personen aus ganz Europa daran gehindert, die Demonstration auch nur zu beginnen!

Nachdem die meisten Gruppen sich entschieden hatten, entweder auf eigene Faust in die Gegenrichtung zu marschieren (ÖDP) oder sich zurückzuziehen (die restlichen), wurden die verbleibenden (TKP(ML)-TIKKO, Ekim, MLKP, TiKB, TKP/ML) von der Polizei angegriffen. Dabei wurden zahlreiche DemonstrantInnen krankenhausreif geprügelt und einige verhaftet.

Noch mehr Verletzte gab es allerdings bei einigen kleineren, nichtgenehmigten Demonstrationen an anderen Stellen der Stadt, die eigentliche Massenfestnahme hatte schon am 29. und 30. April stattgefunden, als über 500 Menschen von der Polizei abgeholt wurden.

Es muß konstatiert werden, daß die Taktik der Polizei, die Demonstration effektiv zu spalten, funktioniert hat. Trotzdem ist die Demonstration ein Erfolg gewesen, da trotz der massiven Einschüchterungen im Vorfeld (tagelange Drohungen über die Medien) und der noch frischen Erinnerungen an den letzten 1. Mai, als vier Menschen erschossen wurden und die gesamte Demonstration massiv angegriffen wurde, die Menschen nicht davon abgehalten werden konnten, sich zu versammeln und eindrucksvoll den 1. Mai als Kampf- und Solidaritätstag der ArbeiterInnen und Werktätigen zu feiern. (Infogruppe Istanbul)

El Salvador

Ist die Stunde der Linken gekommen?

Von Oscar Vigil

(*San Salvador, April 1997, alai-Poonal*). Einen Monat nach den Parlaments- und Kommunalwahlen scheint in den Straßen von El Salvador alles so, als ob nichts passiert wäre. Abgesehen von den Nachrichtenprogrammen deutet nichts darauf hin, daß es ein historischer Wendepunkt war, den die SalvadoreanerInnen am vergangenen 16. März im Leben des Landes markierten. Mit 33% der Stimmen zu ihren Gunsten – von den 2 Mio. Wahlberechtigten nahmen knapp 1,2 Mio. ihr Wahlrecht wahr – wurde die ehemalige Guerillabewegung Nationale Befreiungsfront Farabundi Martí (FMLN) zur mächtigen zweiten politischen Kraft des Landes. Die rechte Regierungspartei Republikanisch-Nationalistisches Bündnis (ARENA) bekam mit 35,4% nur wenig mehr Stimmen. In einem scheinbar konservativen Land, in dem Jahrzehnte Unterdrückung herrschte und Sympathie für die Linke eine Todsünde war, in dem einige wirkliche Demokratisierung – mit schweren Defiziten – erst gerade begonnen hat, etwas nicht Dagewesenes. Der Wahltag war ein ruhiger Tag, nur die brennende Sonne kündigte ein „heißes“ Ergebnis an. Die Leute kamen, stimmten ab und gingen nach Hause, „als ob nichts gewesen wäre“. Nur sie wußten, wem sie ihre Stimmen gegeben hatten, und viele gaben sie den „KinderfresserInnen“, wie die Regierungspartei ihre stärksten politischen Konkurrenten ohne Unterlaß in den Kampagnen in allen Medien beschrieb. Die Menschen scherten sich nicht um die Warnungen vor der Gefahr des „kommunistischen Vormarsches“.

Ein neues politisches Spektrum

Die Ergebnisse des vergangenen Monats sind ein starker Kontrast mit den Vergleichswahlen von 1994. Damals erreichte ARENA 45 Prozent und die erstmals zu Wahlen antretende FMLN blieb mit 21 Prozent der Stimmen weit zurück. Jetzt zeigt die Tendenz deutlich einen Niedergang der ARENA-Partei und einen gefestigten Wachsen der ehemaligen Befreiungsbewegung. BeobachterInnen verschiedenster Couleur halten ein Sieg der FMLN bei den Präsidentschaftswahlen 1999 daher für nicht unwahrscheinlich. Die offiziellen Endergebnisse des Obersten Wahlgerichtes (TSE) zeigen eine Machtaufteilung in Parlament und auf kommunaler Ebene, bei der ARENA und FMLN praktisch gleich stark sind. Von den 84 Sitzen im Abgeordnetenhaus wird ARENA in der am 1. Mai beginnenden Legislaturperiode 28 besetzen, die FMLN 27. Weitere 11 Sitze sind für die konservative Partei der Nationalen Versöhnung

(PCN) und sieben für die Christdemokratische Partei (PDC). Die restlichen elf Abgeordnetenplätze gingen an vier kleine Parteien mit sozialchristlicher und liberaler Tendenz (Demokratische Partei (3), Sozialchristliche Erneuerung (3), Demokratische Konvergenz (2), Bewegung der Einheit (1)).

ARENA gewann zwar das BürgermeisterInnenamt in 161 von 262 Landkreisen, doch in der Mehrheit handelt es sich um kleine Kommunen mit geringem politischen Gewicht. Dagegen befinden sich unter den 53 von der FMLN alleine oder in Koalitionen gewonnenen Kreise die Hauptstadt San Salvador und weitere zehn der 15 bevölkerungsreichsten Städte des Landes. Die Nationale Befreiungsfront Farabundi Martí (FMLN) konnte zudem alle 11 Landkreise, in denen sie bereits 1994 vorne lag, erneut gewinnen. Die übrigen 48 Landkreise verteilen sich auf die sechs Parteien, die außer ARENA und FMLN ebenfalls im Parlament vertreten sind. Die FMLN wird 46 Prozent der sechs Millionen LandesbewohnerInnen regieren, die ARENA 45 Prozent.

Neue Töne

„Weil es zuviel Vertrauen gab“, ist die vielgenannte Antwort der RegierungsfunktionärInnen. Sie führen an, daß ein großer Teil ihrer Mitglieder nicht zu den Urnen ging. Die Oppositionsparteien verweisen dagegen auf die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, da der makroökonomische Aufschwung im Land keinen Nutzen für die Mehrheit der SalvadoreanerInnen brachte. In diesem Sinne forderte der ehemalige Präsident und mögliche ARENA-Kandidat für die kommenden Präsidentschaftswahlen, Alfredo Cristiani, seine Partei jüngst zu einer „Selbstanalyse und vor allem Selbstkritik“ auf. „Ich vertraue darauf, daß ARENA die Botschaft verstanden hat, die ihr sowohl die, die wählten und die, die nicht wählten, sandten“, erklärte Cristiani. Er gab zu, daß viele der seiner Partei fehlenden Stimmen als Ursache die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik haben.



Alltagsprobleme in El Salvador. Um einer Preiserhöhung für Propangas zuvorzukommen, nahmen die Salvadorianer – wie hier in der Hauptstadt San Salvador – lange Schlangen in Kauf, um ihre Vorräte an Gas aufzufüllen. (Foto: Reuter)

Die Nationale Vereinigung der Privatwirtschaft (ANEPE) verlangte von den Persönlichkeiten aller Bereiche „das Ergebnis der kürzlich abgehaltenen Wahlen als Ausdruck des Souveränitätswillens der Bevölkerung zu bewerten“. In einer gemäßigten Tonart versicherte der UnternehmerInnendachverband, mit den Wahlen „ist ein wichtiger und neuer Schritt auf dem Weg gemacht worden, die Demokratie zu festigen“. Dies sei „eine eindeutige Botschaft für die wachsende Stabilität in El Salvador“. Die ANEP relativierte so vereinzelte Erklärungen aus dem UnternehmerInnenbereich, in denen sich eine gewisse „Angst“ vor den bedeutenden Gewinnen der FMLN zeigte. Ihr Vorsitzender Roberto Vilanova sprach davon, daß die „nationalen InvestorInnen den Nutzen verstehen werden, daß die Demokratie sich entwickelt“. Die FMLN habe als Ergebnis der Wahlen eine „ernste Verpflichtung“ übernommen, um zu Lösungen beizutragen, die wirklich auf die Probleme des Landes antworten.

Das Schlüsselwort sind Vereinbarungen

Die FMLN hat die Botschaft der Bevölkerung offenbar verstanden. Gerson Martínez, Fraktionschef der Partei in der abgelaufenen Legislaturperiode, meint: „Die BürgerInnen habe ein Gleichgewichtsvotum abgegeben. Darum wäre jeder Versuch, einen einseitigen Weg für das Land festlegen zu wollen, pervers.“ Nach seiner Auffassung sind die Wahlergebnisse eine Erklärung für Veränderung und Kontinuität gleichzeitig. In der neuen politischen Ausgangssituation müsse mit den Entwicklungen weitergemacht werden, die dem Land hülfen. Darunter falle auch das Wirtschaftswachstum. Genauso müsse aber die Politik bekämpft werden, die die Bevölkerung schädige. Anders gesagt, „(Verhandlungs-)Vereinbarungen sind der Schlüssel, das Land vorwärts zu bringen“, glaubt Martínez.

Für den Abgeordneten ist klar, daß die SalvadoreanerInnen keiner Partei einen Blankoscheck bewilligten, sondern eher für einen Machtausgleich sorgten. Jeder muß das geliehene Pfand nun sorgfältig verwalten. Wird das bedeuten, daß die linke Position damit ein Ende fand und sich alles auf das Zentrum zubewegte? Es bleibt abzuwarten, bis die neu gewählten Autoritäten am 1. Mai ihre Ämter antreten.

Es gibt jedoch Anzeichen, daß wichtige Teile der FMLN trotz allen Drucks und aller Vorschläge dagegen sind, ihre Ursprünge zu verleugnen.

Burma-Boykott erfolgreich

Gericht beschuldigt internationale Konzerne

Die Aktionen gegen die beiden größten Investoren in Burma, die Ölkonzerne Unocal aus den USA und Total aus Frankreich, haben einen neuen Teilerfolg gebracht.

Ein US-Bundesgericht hat in Los Angeles eine Klage von Menschenrechtsgruppen gegen das geplante Erdgasprojekt Yadaná der Konzerne zugelassen. Es stellte als Begründung fest, daß in Burma von der SLORC-Militärjunta Zwangsarbeit angewendet wird und daß transnationale Konzerne sowie deren Direktoren für Schadenersatzansprüche der Betroffenen herangezogen werden können.

Das Gericht schmetterte die Einwendung von Unocal ab, daß nur Regierungen nach internationalem Recht Menschenrechtsverletzungen begehen könnten. Die Bedingungen der Zwangsarbeit könnten als Grundlage für ein Klage wegen Sklavenhandels bezeichnet werden. Außerdem würden die Beklagten, also Unocal und Total, SLORC auch weiterhin Geld zukommen lassen, um ZwangsarbeiterInnen zu beschaffen und die Sicherheit der geplanten Erdgaspipeline von Burma nach Thailand zu garantieren.

Die Konzerne konspirieren mit der SLORC, so das Gericht, mit dem Ziel, internationale Rechte zu verletzen. Deshalb seien keine weiteren Beweismittel nötig und Betroffene hätten das Recht, vor einem US-Gericht die Konzerne zu verklagen. Die Klage wurde Ende 1996 von einer thailändischen Menschenrechtsgruppe im Namen von 14 Betroffenen BurmesInnen eingebracht, die nun ein Recht auf Schadenersatz haben.

Dieser gerichtlich Erfolg gegen Total und Unocal kommt wahrlich nicht zu früh. Total versucht schon seit längerem, französische Fremdenlegionäre zu rekrutieren. Zudem soll entlang der gesamten Pipeline ein Infrarot-System installiert werden. Bisher gelang es Total, mindestens 10 französische Söldner anzuheuern. Die Söldner befinden sich vermutlich seit Ende 1995 auf der Baustelle.

In Warteposition ist noch der US-Ölmulti Texaco, der als Teil eines ebenfalls internationalen Konsortiums Forschungsarbeiten für eine parallel laufende Pipeline aus dem Yegadun-Erdgasfeld nach Thailand durchführt. Texaco hat bereits eine US-Sicherheitsfirma namens ORDSAFE engagiert, die ihrerseits mindestens ein Dutzend Söldner aus der südafrikanischen Armee angeheuert hat. Gerade bei Texaco ist aber schon aus historischer Erfahrung gröberes zu erwarten. Texaco hatte Franco mit einem Kredit ohne Besicherung und unbegrenztem Treibstoff versorgt, damit dieser seine Invasion der Spanischen Republik von Nordafrika aus starten konnte. Wer damals siegte, ist bekannt. (aus: TATblatt, gek.)

Beziehungen Spanien / Kuba auf Tiefpunkt

Von Andreas Baumer

Seit im März 1996 der konservative Politiker José María Aznar den Regierungsvorsitz in Spanien übernommen hat, verschlechtern sich die traditionell guten Beziehungen zwischen Madrid und Havanna zusehends.

Mit einer Initiative in der Europäischen Union zur Verschärfung der EU-Politik gegenüber Kuba im vergangenen Herbst ging die neue Regierung endgültig auf Konfrontationskurs zum sozialistischen Kuba. Die kubanische Führung reagierte auf diese letzte einer ganzen Reihe von Provokationen drastisch: Sie verweigerte dem neuen spanischen Botschafter die Akkreditierung. In der Partitur diplomatischer Töne ist diese Maßnahme ein Donnerschlag. Für ein paar Tage im Herbst sah es so aus, als ob es zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen kommen würde. Zwischenzeitlich haben sich die Wogen im Verhältnis zwischen der ehemaligen Kolonie und dem Mutterland zwar etwas geglättet. An den Konsequenzen für die Karibikinsel ändert dies jedoch nichts. Mit dieser Wende in der spanischen Außenpolitik hat Kuba einen wichtigen Fürsprecher innerhalb der europäischen Union verloren. Gleichzeitig können sich die USA über einen neuen Brückenkopf in Brüssel und Straßburg freuen. Immerhin war der spanische Vorschlag für den künftigen Umgang der EU mit Kuba nahezu identisch mit einem Strategie-Papier des amerikanischen Sonderbeauftragten Eizenstat, das dieser zuvor erfolglos den europäischen Regierungen andienen wollte.

Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein Blick auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Kuba nahm seit jeher eine Sonderrolle in der spanischen Außenpolitik ein. Zwischen Spanien und seiner ehemaligen Kolonie existiert ein komplexes Feld von sentimentalen, familiären, aber auch chauvinistischen Bindungen, das als Faktor in die Analyse der Beziehungen zwischen den beiden Ländern einbezogen werden muß.

Kuba war sehr viel länger als die übrigen Länder Lateinamerikas in spanischem Besitz. Der Verlust der „siempre fiel“ der „ewigen Treuen“ nach dem kubanisch-spanisch-amerikanischen Krieg von 1898 bedeutete das definitive Ende der spanischen imperialen Herrlichkeit. Dazu kommt, daß sich in spanischer Wahrnehmung die Insel nicht selbst befreit hat, sondern dem Mutterland von den USA entrissen wurde. Wenn Spanien versuchte, Kuba vor dem mächtigen Nachbarn im Norden in Schutz zu nehmen, hatte das auch immer etwas mit verletzter Eitelkeit zu tun.

Eine entscheidende Rolle spielt auch die spanische Emigration in Richtung der Karibikinsel. Am Ende des letzten und in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts flohen Hunderttausende von Galizianern und Asturianern vor Hunger, Arbeitslosigkeit und Militärdienst nach Kuba. Auch Fidel Castro stammt von galizischen Einwanderern ab. In Nordspanien gibt es kaum eine Familie, die keine verwandtschaftlichen Beziehungen in die ehemalige Kolonie unterhält.

Dies alles führte zu einem speziellen Verhältnis, das nach der kubanischen Revolution zum Teil skurrile Formen annahm. So war das frankistische Spanien das erste Land, das offiziell die Blockade der Vereinigten Staaten durchbrach.

Vor allem der frankistische Informationsminister Manuel Fraga, selbst Galizier und in Kuba aufgewachsen, sorgte für relativ herzliche Beziehungen zwischen den beiden doch recht unterschiedlichen politischen Systemen. Als der General Francisco Franco 1975 endlich starb, ließ Spaniens Linke die Sektorkorken knallen – Fidel Castro ordnete Staatstrauer für den Diktator an.

Das freundschaftliche Verhältnis zum sozialistischen Kuba blieb Konstante in der spanischen Außenpolitik. Adolfo Suárez, erster gewählter Präsident nach dem Ende der Diktatur und als Zögling des frankistischen Establishments keiner marxistischen Neigungen verdächtig, war der erste westliche Regierungschef, der Havanna einen Besuch abstattete.

Es waren erst die spanischen Sozialisten, die auf eine gewisse Distanz zu Kuba gingen. Parallel zu seiner immer stärkeren Hinwendung zum Neoliberalismus begann Felipe González, das kubanische

Wirtschaftssystem zu kritisieren. Während sein Innenministerium Terroraktionen gegen vermeintliche oder tatsächliche Angehörige der baskischen Untergrundorganisation ETA organisierte, gab er der kubanischen Regierung gute Ratschläge in Sachen Menschenrechtsfragen. Auf dem internationalen Parkett jedoch versuchte die Gonzalez-Regierung stets, die Isolation Kubas in der westlichen Welt zu durchbrechen. Die regelmäßigen Verurteilungen der US-Blockade durch die Europäische Union kamen auf spanische Initiative zustande in der letzten Legislaturperiode versuchte der damalige Außenminister Javier Solana alles, um ein Handels- und Kooperationsabkommen zwischen EU und Kuba zu ermöglichen. Diese Initiative scheiterte, nicht zuletzt durch eine wenig durchdachte Politik der kubanischen Führung.

José María Aznar ist nun also der erste spanische Regierungschef, der diese Konstante der spanischen Außenpolitik umwirft. Schon auf einer Mittelamerikareise im Wahlkampf ließ er sich im Privatjet des Exilkubaners Jorge Mas Canosa kutschieren. Inzwischen ist auch bekannt, daß der einflußreiche rechtsextreme Castro-Hasser auch die Wahlkampagne Aznars finanziell unterstützt hat. Der Dank kam sofort. Schon einen Monat nach der Wahl Aznars im März letzten Jahres konnte Mas Canosa das Telekommunikationsunternehmen Sintel, bisher im Besitz der staatlichen Telefonica, zu einem Schleuderpreis kaufen.

Im letzten Herbst schließlich gründete sich in Madrid eine spanisch-kubanische Stiftung. Das Projekt gilt als Filiale der amerikanisch-kubanischen Nationalstiftung in Miami, die Mas Canosa seit 1981 erfolgreich betreibt. Diese Stiftung hat neben Propagandaaktivitäten aller Art auch die Unterstützung von exilkubanischen Terrororganisationen wie „Alfa 66“ im Programm. Der spanischen Stiftung gehören Gestalten wie der peruanische Schriftsteller und abgetakelte Politiker Mario Vargas Llosa oder der spanische konservative Abgeordnete Guillermo Gortazar an. Letzterer wurde auf der Gründungsveranstaltung, übrigens im staatlichen Casa de las Americas in Madrid, auch zum Generalsekretär der Stiftung gewählt.

Als Aznar dann auch noch auf den iberamerikanischen Staatengipfel in Chile Fidel Castro ultimativ aufforderte, wirtschaftliche und politische Liberalisierungsmaßnahmen einzuleiten, wurde es dem kubanischen Staats- und Regierungschef zu bunt. Er lasse sich von einem „Caballerito“, was etwa soviel wie Männchen oder Herrchen bedeutet, der sich seinen Wahlkampf von den Terroristen aus Miami finanziert lasse, nicht belehren, ließ er aus Habana verkünden. Angesichts der Körpergröße Aznars hatte Castro damit auch in Spanien die Lacher auf seiner Seite. Die Position Kubas ist durch den Gesinnungswandel Spaniens jedoch nicht einfacher geworden.



Mehr als eine Million Menschen nahmen an der 1. Mai-Kundgebung in Havanna teil. Sie feierten den Tag der Arbeit und gedachten der Ermordung von Che Guevara, der im Oktober vor 30 Jahren in Bolivien ermordet. Die kubanischen Regierung hat 1997 zum Che Guevara-Gedenkjahr erklärt.

JuristInnen bezweifeln offizielle Version der Botschaftsstürmung

(Lima/Genf, 30. April 1997, pulsar-Pool). – Die Amerikanische JuristInnenvereinigung fordert eine Untersuchung, wie die Befreiung der Geiseln in der japanischen Botschaft in Lima genau vor sich ging.

Sie zeigte sich befremdet, daß die einzige während der Stürmung ums Leben gekommenen Geisel ein Gegner des Fujimori-Regimes war. In einer in Genf verbreiteten Erklärung erinnert der Vorsitzende der JuristInnenvereinigung daran, daß der tote Giustino Acuna sich öffentlich gegen die von Fujimori vorgesehene Justizreformen wandte.

Die JuristInnen verurteilen die gewaltsame Geiselbefreiung. Sie fordern eine SonderberichterstatterIn der Vereinten Nationen, die eine internationale Untersuchung einleiten soll. Die Verantwortlichen für die Hinrichtung von MRTA-Mitgliedern (damit sind offenbar die mindestens zwei Fälle gemeint, in denen das peruanische Militär nach dem bisherigen Kenntnisstand bereits überwältigte MRTA-Mitglieder erschoß; die Redaktion) sollen vor ein Gericht gestellt werden.

Rußland: Kommunistische Jugend im Aufruhr

Anläßlich der 9. Mai-Feiern zum Gedenken an den Sieg über den deutschen Faschismus meldete sich in Moskau der „Russische Kommunistische Jugendverband“ (RKJV) zur Wort. Die Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Rußlands (KPRF) ist unzufrieden mit dem Kurs ihres Vorsitzenden Sjukanows. Igor Maljarow, Vorsitzender der kommunistischen Jugend, erklärte: „Der RKJV hat eine unabhängige Position und ist kein Anhänger der KPRF.“ In Moskau hat der Jugendverband nur 120 Mitglieder, im ganzen Land sollen es 21.000 sein. Unterstützt wird die kommunistische Jugend von der Zeitung „Prawda 5“: Die KPRF hat es nicht geschafft, ihre Rolle als offizielle Opposition zur Kreml-Politik auszufüllen. Diesen Ärger unter der Jugend bekam Sjukanow anläßlich einer Kranzniederlegung an Lenins Geburtstag zu spüren. Tomaten flogen auf den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei vor dem Lenin-Mausoleum. Junge linke Aktivisten waren die Absender.

Kuba: „Biologische Aggression“ durch die USA

Die Zeitung der kommunistischen Partei Cubas „Granma“ wirft der USA vor, die Kartoffelseuche in Cuba zu verbreiten. An UN-Generalsekretär Kofi Annan ging eine Protestnote raus. Nach „Granma“-Informationen flog am 21. Oktober 1996 eine US-Maschine durch den kubanischen Luftkorridor Matanzas-Golfo de Cazones. Der Flug war ordnungsgemäß



Kein Friede mit der NAFTA: Einige hundert Demonstrantinnen zeigten dem US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton bei seiner Ankunft in Mexiko, was sie von der US-dominierten Freihandelszone NAFTA halten: Nichts. Die Demonstrantinnen wollten die US-Botschaft in Mexico-City stürmen. Sie skandierten: „Lang lebe Che Guevara, Clinton geh zur Hölle.“

angemeldet. Maschinen dieses Typs werden von den USA zur chemischen Bekämpfung von Rauschgiftplantagen durch Abwurf von Insektiziden benutzt. Der Pilot eines kubanischen Passagierflugzeuges beobachtete, wie das US-Flugzeug über Kuba eine grau-weiße Wolke ausstieß. Am 18. Dezember 1996 tauchten dann die ersten Anzeichen der Thrips-Palme Plage auf, genau in der Region, die von der grau-weißen Wolke eingenebelt wurde.

Die Insekten sind äußerst aggressiv, greifen Nutzpflanzen und Unkraut an und vermehren sich in einem Zyklus von 15 bis 21 Tagen.

Das Insekt taucht zum ersten Mal in Cuba auf und hat bereits beträchtliche Schäden angerichtet. Die amerikanischen Wissenschaftsföderation (ACF) fordert schon seit langem, das Thrips Palme in die Konvention zum Verbot biologischer Waffen einzubeziehen.

Rüstungsindustrie: Plan für europäische Neuordnung

München/Paris (dpa/ND). Die Daimler-Benz-Aerospace AG (Dasa/München) plant mit führenden Raumfahrt- und Rüstungskonzernen Frankreichs und Großbritanniens die Schaffung eines riesigen

Konzernverbunds, um den US-Marktführern Paroli bieten zu können. Sie unterstützt dabei „exklusiv“ die Pariser Lagardere-Gruppe (Matra, Hachette) bei ihrem Vorhaben, den französischen Rüstungselektronikkonzern Thomson-CSF (Paris) zu übernehmen. Das Ergebnis wäre die Neuordnung der europäischen Rüstungselektronik-, Lenkwaffen- und Raumfahrtindustrie.

Dasa-Sprecher Christian Poppe sprach von einer „trilateralen“ Vereinbarung. Von britischer Seite einbezogen sind British Aerospace Plc und General Electric Plc. Dasa will nach den in Paris unterzeichneten Absichtserklärungen sein komplettes Raumfahrtgeschäft in ein deutsch-französisch-britisches Unternehmen einbringen.

Italien: Linke holen König zurück

Zur allgemeinen Überraschung hat die Mitte-Links-Regierung Prodi dem Parlament eine Verfassungsänderung vorgeschlagen, die den Angehörigen des italienischen Königshauses Savoyen die Rückkehr nach Italien erlaubt. Der Gesetzesvorschlag bedarf der Zustimmung der absoluten Mehrheit in doppelten Wahlgängen von Kammer und Senat.

Da die Rechte und die zur Olivenbaumfront gehörenden Parteien damit einverstanden sind, könnte Thronanwärter Viktor Emanuel und seine Familie in einigen Monaten nach Italien zurückkehren.

Lediglich die Rifondazione Comunista bezeichnet mit Recht die Initiative Prodis, die erste derartige in 50 Jahren republikanischer Regierungen, als einen historischen Irrtum. In der Tat mutet die vorgeschlagene Verfassungsänderung bizarr an in einem Augenblick, da lebenswichtige Probleme wie die Neuformierung des Sozialstaates auf Lösungen warten.

Das italienische Königshaus von Savoyen wurde mit der Volksabstimmung vom 2. Juli 1946 mit 12,7 gegen 10,7 Millionen Stimmen ins Exil geschickt. Unter Viktor Emanuel III. war es Steigbügelperhalter des faschistischen Regimes, deckte über zwei Jahrzehnte lang alle dessen antidemokratischen und rassistischen Verbrechen.

In Italien wurde vermutet, daß das ganze eine propagandistische Aktion war, um bei den Kommunalwahlen Stimmen zu gewinnen. Das richtet sich vor allem auf Turin, Hauptsitz des ehemaligen Savoyer Adels. Hier hatte der Kandidat der Berlusconi-Bündnisses beim ersten Wahlgang den Kandidaten der Linken hinter sich gelassen.

Wenn es tatsächlich das Ziel der Regierung Prodi war, die Anhänger des Königs auf ihre Seite zu ziehen, so ist es ihr gelungen. Bei der Stichwahl am vergangenen Wochenende siegte der Kandidat der Linken.

Zusammenstellung: hav

Lehrerstreik für Neueinstellungen, gegen Verlängerung der Arbeitszeit

BREMEN/BREMERHAVEN. Rund 4500 Lehrer haben vor dem 1. Mai für Neueinstellungen und gegen die Verlängerung ihrer Unterrichtsverpflichtung um zwei Stunden protestiert. In den meisten Schulen herrschte gähnende Leere. Bremens Bildungssenatorin B. Kahrs (SPD) hatte schon vor dem Streiktag angekündigt, disziplinarische Maßnahmen zu prüfen. Sicher ist nach Angaben des Justitiars im Bildungsressort der Gehaltsabzug für die am Streik beteiligten Pädagogen.

(Nach dpa 30.4.)



Rübenaussaat unter Polizeischutz Protest-Camp aber wieder errichtet

UFFENHEIM/MITTELFRANKEN. Unter dem „Schutz“ von 30 Beamten der Polizeidirektion Ansbach mußte das Agro-Chemie-Unternehmen Monsanto am 6. Mai in seinem 8. Versuchsort Uffenheim mit der Aussaat genmanipulierter Zuckerrüben beginnen. Auf dem Feld hatten Gen-Pflanzen-Gegner schon vor knapp drei Wochen ein Camp errichtet gegen den Freisetzungsversuch und die „drohende Zwangsnährung von Menschen und Tieren mit manipulierter Nahrung“. Ein Jugendlicher wurde bei der Aktion von einem Polizeihund gebissen, ein weiterer vorläufig festgenommen. Die Gen-Gegner brachen schließlich ihr Zeltlager ab und bauten es „größer und schöner“ auf dem Feld eines benachbarten Bio-Bauern wieder auf. (Quelle: Südd. Ztg. 7./8.5.97)

Maifest gegen Atommüll

AHAUS/MÜNSTERLAND. Mehr als 1500 kamen am 1. Mai zum Festival der BI „Kein Atommüll in Ahaus“. Sie protestierten gegen den Ausbau von Ahaus zum riesigen, evtl. größten Atommüllzentrum Deutschlands. Rund um den 1.

Mai fanden neben Kultur-Beiträgen auch Workshops, Mahnwache, Demo und ein Forum statt unter dem Motto „Den CASTOR stoppen, bevor er losfährt“. (CL)

Kundgebung: Kein AKW in Viereth und auch nicht anderswo!

VIERETH/BAMBERG. Zum siebten Mal versammelten sich am 4. Mai 4 000 Menschen am möglichen AKW-Standort in Viereth. Ein Sprecher der Initiative „Vierether Kuckucksei“ machte auf die zahlreichen Vorbereitungen (Baugelände, Leitungen, Verkabelung, Kühlwasser, Verkehrsanbindung) aufmerksam, mit denen der AKW-Bau vorbereitet wird. Dr. Ludwig Trautmann-Popp vom Bund Naturschutz setzte sich mit dem von Siemens und Framatome entwickelten neuen Reaktortyp EPR (Europäischer Druckwasserreaktor) auseinander. Harald Engländer von der „Salzburger Plattform“ berichtete vom Erfolg der österreichischen Anti-Atom-Bewegung, die es in den 80er Jahren schaffte, durch einen Volksentscheid ein AKW in Zwentendorf zu verhindern. Gudrun Patzelt von der BI Greifswald berichtete vom Widerstand gegen die Atomanlagen in Greifswald/Lubmin. Friedrich Odenwald (SPD MdL für Bamberg-Forchheim Land) votierte für einen möglichst raschen Ausstieg aus der Atomenergie, die Energieversorgungsunternehmen müßten gezwungen werden, die Energiewende einzuleiten.

(Nach nachrichten&standpunkte, SW)



MANNHEIM. Am 1. Mai fanden in Mannheim zwei Demonstrationen statt. Um 9 Uhr die schon traditionelle Demonstration des Aktionsbündnisses 1. Mai-Demonstration linker Gewerkschafter. Die Demonstration stand unter dem Motto „Gemeinsam kämpfen lohnt sich – Gegen Massenerwerbslosigkeit und sozialen Kahlschlag“ und führte zur Kundgebung des DGB auf dem Marktplatz hin. Die Demonstration war mit etwa 250 Teilnehmern nicht so stark besucht wie in den Vorjahren. Die zweite Demonstration, die „Revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ des Schwarz-Roten Bündnisses Rhein/Neckar, stand unter dem Motto: „Für eine gleichberechtigte, herrschaftsfreie Welt“. An dieser Demonstration beteiligten sich fast 500 Menschen, um einiges über das autonome Spektrum hinaus.

Erneuter Polizeieinsatz gegen IG Metall

BERLIN. Wie bereits im letzten Jahr ist auch die diesjährige Maidemonstration der IG Metall in Berlin von der Polizei angegriffen worden. Die diesmal zuvor mit der Polizeiführung getroffene Absprache, daß ein Polizeieinsatz wegen Tragens verbotener kurdischer Symbole und Fahnen nicht erfolgt, bevor der Veranstalter informiert wurde und Gelegenheit hat, Demonstrationsteilnehmer zu überzeugen, keinen Anlaß für Polizeiübergriffe zu liefern, erwies sich als wirkungslos. Die Polizei begründete ihren Überfall auf den Demonstrationszug im Anschluß diesmal mit einer neuen Variante. Es wäre darum gegangen, jemand festzunehmen, der angeblich wiedererkannt wurde, weil er an einem anderen Ort zu anderer Zeit eine Sachbeschädigung begangen hätte. Drei Demonstrationsteilnehmer wurden im Verlaufe des von Beobachtern als brutalen Überfall bezeichneten Vorgangs festgenommen.

Viele Gewerkschafter sind empört über Personenkontrollen und teilweise Einkesselung des Demonstrationszuges durch BGS-Einheiten. Verantwortliche der IG Metall wollen ein Gespräch mit dem Berliner Innensenator. Man wolle nicht hinnehmen, daß der Charakter der gewerkschaftlichen Maidemonstration durch Begleitumstände, die die Polizei zu verantworten hat, zerstört wird.

brr

HAMBURG. Am 5. Mai führte die „Jüdische Organisation Norddeutscher Studenten e.V.“ unter Schirmherrschaft des Senats die öffentliche Verlesung der Namen der Hamburger Opfer des Holocausts durch. Aus diesem Anlaß machte die studentische AG gegen „Rassenkunde“ darauf aufmerksam, daß direkt neben dem Joseph-Carlebach-Platz, dem Ort der bis zu ihrer Zerstörung durch die Nationalsozialisten, größten Synagoge Hamburgs, heute noch „Rassenkunde“ gelehrt wird. Wir dokumentieren aus dem Flugblatt:

Heute werden ... die Namen von über 25.000 Hamburger NS-Opfern verlesen, von Menschen, die wegen der ihnen zugeschriebenen „Rasse“, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer sexuellen Orientierung ermordet wurden. An der Bereitstellung der Ideologie, die dies ermöglichte, sowie an der Durchführung der Vernichtungsmaßnahmen waren zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen beteiligt. Eine zentrale Stellung nahm dabei die „Rassenkunde“ ein. Direkt neben dem Ort dieser Gedenkveranstaltung befindet sich heute das Institut für Humanbiologie der Universität Hamburg. Die dort betriebene Forschung und Lehre setzt in vielerlei Hinsicht die Tradition der NS-„Rassenkunde“ fort. Nicht nur, daß der Direktor, Prof. Rainer Knußmann, auf dem 1933 „arisierten“ und umgewidmeten Lehrstuhl des jüdischen Philosophen Ernst Cassirer sitzt; auch inhaltlich sind zahlreiche Kontinuitäten festzustellen:

– Millionen jüdischer Menschen wurden im Machtbereich des deutschen Faschismus entreicht, verfolgt und ermordet. Dem „Rassen“-Antisemitismus, der dies ermöglichte, war eine jahrhunderte-lange Tradition antijüdischer Verfolgungen vorausgegangen. In den Augen des Institutediktors Prof. Knußmann haben die Juden jedoch von ihrer Verfolgung nur profitiert. Er schreibt in der 1996 erschienenen Neuauflage seines Lehrbuchs „Vergleichende Biologie des Menschen“: „Da die Juden (...) immer wieder Verfolgungen und gesetzlichen Benachteiligungen (...) ausgesetzt waren, konnten sich unter ihnen nur solche Erblinien halten, die besonderes Durchsetzungsvermögen (...) gewährleisteten. Die Gesetzgeber haben nicht erkannt, daß sie damit ganz im Gegensatz zu ihren Interessen eine Selektion auf optimale Leistung bewirkten – gleichsam die Heranzüchtung einer jüdischen Elite. Hierin dürfte einer der Gründe zu sehen sein, daß Juden unter den führenden geistigen Berufen einen sehr viel höheren Anteil einnehmen als in der Gesamtbevölkerung.“ Eine solche Äußerung kann vor dem Hintergrund

der mittelalterlichen und neuzeitlichen Massenmorde bis hin zum Holocaust nur als zynisch bezeichnet werden. Außerdem beruht die biologische Erklärung für den jüdischen Anteil an bestimmten Berufsgruppen auf antisemitischen Klischees.

– Der „Rassen“-Begriff diente von jeher dazu, Gruppen von Menschen als biologisch „minderwertig“ zu klassifizieren und Herrschaft über sie zu rechtfertigen. Er kann seine Herkunft aus dem Kolonialismus nicht verleugnen. Am Hamburger Institut für Humanbiologie findet

mußte er sich beim Zentralrat der Sinti und Roma entschuldigen und diese Passage in der Neuauflage ändern. Ganz in der Tradition der berüchtigten Kriminalbiologie schreibt er jedoch nach wie vor Kriminellen und „sozial auffälligen“ Gruppen bestimmte körperliche Merkmale zu, etwa eine „niedrige fliehende Stirn“.

– Tausende von Homosexuellen wurden unter dem NS-Regime in KZs verbracht, kastriert und ermordet. Prof. Knußmann erklärt heute noch Homosexualität für „deviantes“ (abweichendes) Sexualverhalten sowie zu einem Symptom für „Sittenverfall“, das bereits zum „Völkertod“ der alten Griechen und Römer beigetragen habe. 1985 protestierten Schwulengruppen gegen ein Forschungsprojekt des Instituts, bei dem Körpermaße, Hormonspiegel und psychische Merkmale von Schwulen mit denen heterosexueller Männer verglichen werden sollten. Sie wiesen auf die unselige Tradition derartiger Forschungen hin, die immer mit der Suche nach „Ursachen“ für Homosexualität

und brutalen „Heilungs“versuchen verknüpft waren. Aufgrund der Proteste mußte Knußmann seinerzeit die vergleichende Auswertung der Meßdaten unterlassen. (...)

Die Universität Hamburg firmiert als Mitveranstalterin der heutigen Gedenkveranstaltung und röhmt sich der gründlichen Erforschung ihrer NS-Vergangenheit. Um so skandalöser ist es, daß an einem ihrer Institute rassistische und diskriminierende Forschung und Lehre wie die oben benannte stattfindet. Aufgrund der Aktivitäten der studentischen AG gegen „Rassenkunde“ ist inzwischen eine öffentliche und inneruniversitäre Diskussion über die Inhalte der Humanbiologie in Gang gekommen. Das ist wichtig, aber das reicht nicht! Vielmehr muß es auch um konkrete Konsequenzen gehen. Hiergegen sträubt sich die Universitätsleitung nach wie vor unter Hinweis auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Lediglich die „Rassenkunde“-Vorlesung soll künftig umbenannt werden in „Geographische Variabilität des Menschen“; aber wenn die Lehrenden die gleichen bleiben, dürfte es sich dabei nur um alten Wein in neuen Schläuchen handeln. Da mit Knußmann und den Seinen eine grundlegende Änderung nicht möglich ist, fordern wir, das Institut in dieser Form zu schließen und durch einen interdisziplinären Arbeitsbereich „Kritische Biologie“ zu ersetzen. Die dort betriebene Wissenschaft müßte ihren gesellschaftlichen Standort und ihre Kategorien kritisch hinterfragen, anstatt überkommene Inhalte mit menschenverachtender Tradition zu vermitteln.

AG gegen „Rassenkunde“

Hamburg Uni Gegen „Rassenkunde“



„Rassische“ Klassifikation aus dem „Lehr“buch von Knußmann: vom „Teutonordiden Schweden“ bis zur „Fuegiden Yamafrau“, S. 348ff.

heute noch alle vier Semester eine Pflichtvorlesung „Rassenkunde des Menschen“ statt. Als Grundlage dient nicht nur Knußmanns Lehrbuch, sondern auch die 1934 erschienene „Rassenkunde und Rassengeschichte der Menschheit“ von Egon Freiherr von Eickstedt, einem führenden NS-„Rassenkundler“. Dias aus diesem Buch dienen als Anschauungsmaterial – auch solche von drei „jüdischen Typen“. Die Lehrenden des Instituts rechtfertigen ihr Tun damit, daß diese Klassifizierungen wertfrei seien und „Rassen“ nun einmal objektiv existieren würden. Tatsächlich ist jedoch der „Rassen“-Begriff auch fachintern äußerst umstritten. Erst kürzlich stellten zahlreiche HumanbiologInnen in einer von der UNESCO herausgegebenen Erklärung fest, daß er sowohl politisch hoch belastet als auch wissenschaftlich überholt sei. Ihre Hamburger KollegInnen ficht das nicht an. Sie teilen die menschlichen „Rassen“ ganz „wertfrei“ in „primitive“ und „progressive“ ein oder forschen beispielsweise über die sogenannte „Pädomorphie“ (= Kindförmigkeit) bestimmter Bevölkerungsgruppen in Namibia – eine Fragestellung, die von einem europäischen „Normkörper“ ausgeht.

– Zahlreiche Sinti und Roma wurden während der NS-Zeit als „Zigeuner“, „rassisches“ ausgesondert, für kriminell und „asozial“ erklärt, in Vernichtungslager deportiert und ermordet – nicht ohne zuvor von „RassenkundlerInnen“ nach allen Regeln der Wissenschaft vermessen zu werden. Prof. Knußmann bezeichnete noch 1980 in der ersten Auflage seines Lehrbuchs die „Zigeuner“ als „Asoziale“. Nach Protesten und massiver Kritik

Genossenschaftlicher Wohnungsbau im Aufwind

MÜNCHEN. Am 26. April fand nun schon zum dritten Male der Münchner Wohnprojekt-Tag im Bürgerzentrum Seidlvilla statt und, wie es ausschaut, mit immer größer werdender Beachtung. So drängten sich wieder viele Menschen um die Info-Tische und Tafeln der Initiativen und Projekte und ließen sich von engagierten Mitgliedern die einzelnen Vorhaben erklären. Diese vielen Gespräche untereinander ergänzten die Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt versuchten natürlich – einen Tag vor den wohnungspolitischen Bürgerbegehren – ihre Wohnungsbaupolitik in einem besonders glanzvollen Licht darzustellen. Sie mußten aber auch anerkennen, daß wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der Wohn- und Lebensqualität gerade von den Münchner Wohninitiativen ausgehen. Die erstaunliche Resonanz, die diese Veranstaltung in den beiden letzten Jahren gefunden habe, spiegle das zunehmende Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Selbstbestimmung, Mitbestimmung und demokratischen Strukturen in allen Lebensbereichen wider, erklärte Christian Ude in einem Grußwort, das in einer Broschüre „netzwerk wohnprojekte“ veröffentlicht wurde. Diese Broschüre, die vom Verein Urbanes Wohnen e.V. herausgegeben wurde, gibt einen guten Überblick über zahlreiche Münchner Wohnprojekte. Sie bezieht sich aber auch auf interessante Projekte, in anderen Städten der Bundesrepublik und in Nachbarländern wie Österreich. So dürfte aus Münchner Sicht von besonderem Interesse sein, wie die Nachnutzung ehemaliger Kasernen beispielhaft in anderen Städten verwirklicht werden konnte. Im Februar 97 haben sich vier Münchner Wohnprojekte und zwar „FrauenWohnen“, „Gemeinsam alt werden“, „Wohnen+Arbeiten+Spielen“ und „Wohngemeinschaft auf Sozialer Basis“ in einer Koalition zusammengeschlossen, um in der ehemaligen Waldmann-Stetten-Kaserne in West-Schwabing ein Projekt mit 300 Wohnungen zu verwirklichen. Die Gründung von Genossenschaften wird laut einer Erklärung der Projektgruppen vorbereitet, weil sie davon überzeugt sind, mit diesem bewährten und natürlich zeitgemäß anzuwendenden Modell dauerhaft preisgünstigen Wohnraum zu schaffen, gemeinschaftsorientiertes Planen und Bauen zu ermöglichen und Spekulation mit Grund und Boden wirksam auszuschließen.

dil

Hinweis: Broschüre „netzwerk wohnprojekte“
ISBN 3-932 744-00-4, Urbanes Wohnen e.V.
Tel.: 089/2710010, Fax 2713712.

Bundesweite Innen-Stadt-Aktion

Kampagne gegen Ausgrenzung und Rassismus, Privatisierung und Sicherheitswahn in Städten



NÜRNBERG. Die bundesweite Aktionswoche vom 2. bis 8. Juni 1997 unter dem Motto „Innen-Stadt-Aktion – Gegen Ausgrenzung und Rassismus, Privatisierung und Sicherheitswahn“ soll Stadtentwicklungsprozesse thematisieren, die Ausgrenzung von „unerwünschten“ Personen und Gruppen zur Folge haben. Eine harte „Standortpolitik“ bestimmt inzwischen den Alltag in den meisten bundesdeutschen Großstädten: Der Lebensraum Stadt soll an das Profil einer Dienstleistungs- und/oder High-Tech-Metropole angepaßt werden, um als Wirtschaftsstandort „konkurrenzfähig“ zu sein. Innerstädtische Bereiche werden auf gehobenen Konsum getrimmt, ehemals öffentliche Räume werden privatisiert und dadurch unter Aufsicht von privaten Sicherheitsdiensten gestellt und nur noch einer „qualifizierten“ Öffentlichkeit (so die Deutsche Bahn AG) zugänglich gemacht. Gruppen und Personen, die als image- oder geschäftsschädigend angesehen werden – z.B. Obdachlose, Punks und Junkies – werden durch Polizei und private Wachdienste aus Einkaufspassagen, Bahnhöfen, FußgängerInnenzonen usw. vertrieben. Sie werden ohne konkretes Verdachtsmoment kontrolliert, schikaniert und oft des Platzes verwiesen. Doppelt betroffen sind Asylsuchende, MigrantInnen oder einfach nur ausländisch aussehende Menschen, deren Bewegungsspielraum aufgrund von Asylgesetzgebung und latenten Rassismus rechtlich und sozial ohnehin enorm eingeschränkt ist. Kaum geht eine Polizeistreife an ihnen vorbei, ohne sie aufzuhalten und ihre Papiere zu kontrollieren. Besonders Flüchtlinge sind von schikanöser Behandlung und Mißhandlung durch Polizeibeamte betroffen, wie viele in letzter Zeit öffentlich bekanntgewordene Fälle belegen.

Innenstadt-Aktionswoche

Veranstaltungen im Großraum Erlangen/Nürnberg/Fürth
Freitag, 23.5.: Erlangen, 20 Uhr, Kultur-

treff (Helmstr. 1) „Sie behandeln uns wie Tiere“ – Rassismus bei Polizei und Justiz in Deutschland (Buchvorstellung, Diskussion)

Samstag, 24.5.: Fürth, 20 Uhr, Kofferfabrik (Lange Str. 81) „Sie behandeln uns wie Tiere“ – (siehe Erlangen 23.5.)

Montag, 2.6.: Nürnberg, 20 Uhr, KOMM (Festsaal): „Stadtreinigung“. Das Video vom KAOS-Team Köln thematisiert die Privatisierung von bisher „öffentlichen“ Raum sowie private Wachdienste, deren Methoden und Politik. Obdachlose und Arme haben in vielen Einkaufsstraßen nichts mehr zu suchen. Der Brasilianische „Anwalt der Straßenkinder“ sieht Parallelen zu Brasilien. Auch dort habe es so angefangen. Vorfilm: ak kraak.

Mittwoch, 4.6.: Nürnberg, 20 Uhr, KOMM (Festsaal): „Verfolgt und vergessen“. Video über die Verfolgung von Roma und Sinti in Deutschland. Vorfilm: ak kraak zum Thema Innen-Stadt-Aktion. Erlangen, 20 Uhr, Kulturtreff „Juristische Körper“ – Video von dogfilm, Berlin. Was bedeutet ein Leben ohne Paß? Wer ist wann, warum „illegal“? Nach welchen Regeln organisiert sich ein (Über-)Leben in der „Illegalität“? Vorfilm: ak kraak zum Thema Innen-Stadt-Aktion.

Donnerstag, 5.6.: Erlangen, 20 Uhr, Kulturtreff (Helmstr. 1) „Stadtreinigung“ – siehe Nürnberg 2.6. Nürnberg, 20 Uhr, KOMM (Festsaal): „Juristische Körper“.

Samstag, 7.6.: Nürnberg, KOMM (Zentralcafe): *How to com through*. Film und anschließend Soli-Disco (wahrscheinlich Drum and Bass, Dub, Goa). Gleichnamiger Film dokumentiert einen Anschlag auf das Glasfasernetz am Abschiebe-Flughafen Frankfurt/Main.

Städteplenum Erlangen/Nürnberg/
Fürth c/o mühsam-laden
Dambacher Str. 790, 763 Fürth

Unit-Ariern Flötentöne beigebracht

HANNOVER. Ein breites Bündnis von grünen, sozialistischen und linkschristlichen AntifaschistInnen und Gewerkschaftsmitgliedern hatte im Vorfeld in die mittelalterlich geprägte „Rattenfängerstadt Hameln“ an der Weser mobilisiert, darunter die MdBs Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen), Jelpke und Köhne (PDS). Es folgten vorwiegend junge Menschen aus ganz Niedersachsen und dem benachbarten Nordrhein-Westfalen und ein unerwartet großes Aufgebot an Presse- und RundfunkjournalistInnen dem Aufruf, den braunen Rattenfängern der rechtsextremen Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“ (DUR) ortsgemäß eine andere Melodie entgegenzusetzen.

Bei strahlendem Sonnenschein zog der städtische Demonstrationszug durch die belebte Fußgängerzone der Hamelner Altstadt zum Tagungsort des DUR-Bundestreffens in einem der Stadt Hameln gehörenden Kongresszentrum. Eine Zwischenkundgebung zwischen Läden, Eiscafes und Biergärten erreichte auch viele BürgerInnen der demonstrationsunwohnten Stadt. In kurzen Ansprachen erläuterten VertreterInnen lokaler Initiativen gegen Rechtsextremismus die lückenlosen Traditionen der Sekte als Nachfolgeorganisation „gottgläubiger“ NS-Organisationen und rissen der sich biedermännisch und tolerant gebenden DUR die Maske herunter. Großen Beifall erhielt Gerd Bornemann, Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVN/BdA) und der AG Rechtsextremismus des SPD-Bezirks Hannover, als er belegt durch die Lebensläufe der GründerInnen und ihrer Querverbindungen zu anderen Nazi-Tarnorganisationen den Namen der Sekte mit Unit-Arier, ver einzigte Arier übersetzte.

Bornemann, dessen Sohn vor einem Jahrzehnt als Jugendlicher nach Ausstieg aus der Neonazi-Szene einem faschistischen Fememord zum Opfer fiel, erhielt auch die Zustimmung vieler Hamelner, als er sein Unverständnis äußerte, daß Bundespräsident Herzog erst nach Protesten sein vom Bundespräsidialamt verfaßtes Grußschreiben an die Sekte zurückzog, der Hamelner Oberstadtdirektor jedoch nicht. Mit feiner Ironie pro-

testierte Bornemann gegen die polizeiliche Überwachung dieser antifaschistischen Kundgebung durch ein Film-, Ton- und Fototeam der Polizei nach dem neuen „Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetz“ der Schröder-/Glogowski-Regierung.

Wie schon andere RednerInnen arbeitete der niedersächsische ÖTV-Funktionär „Charly“ Braun in seinem Beitrag, aber mit einer Fülle Details den Zusammenhang zwischen der aktuellen kapitalistischen Entwicklung, der DUR als finanziert starker Vorfeldorganisation rechts-extremer Gruppen und Parteien und der Ablenkung der Menschen von den realen Ursachen der Krise der Marktwirtschaft heraus, etwa durch Forderungen „nach deutschen Arbeitsplätzen für deutsche Arbeiter“, der „rassistischen Standortdebatte“.

Als Abschluß vor den Tagungsräumen der Nazi-Sekte sprach das Mitglied des Bundestages, Rolf Köhne (PDS), der in seinem konzentrierten Beitrag einen Schwerpunkt auf den beispielhaften Bündnischarakter dieser Aktion legte, von Vorbild auch für die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Orientierung in der Abwehr von Sozialraub und Abbau rechtsstaatlicher freiheitlicher Strukturen. Beifall brandete auf, als Köhne in seinem letzten Satz die DUR als nur eine der Kräfte benannte, die offenbar wieder hoffnig gemacht werden sollen, um Alternativen zum kapitalistischen System ideologisch zu verkleistern statt den untrennbarer Zusammenhang von Faschismus, Militarismus und Konzernherrschaft noch deutlicher werden zu lassen.

Obwohl das rechts-konservative Lokalblatt „Deister-Weser-Zeitung“ am gleichen Tag in großer Aufmachung mit der Überschrift „Stadt entschuldigt sich für die Schmutzkampagne der Antifa“ gegen die Demonstration und Kundgebung hetzte, blieben die Hamelner gelassen und zum Teil sogar den antifaschistischen Argumenten sehr aufgeschlossen. Nach Ende der Veranstaltung erlebte Hameln wohl die intensivsten Kleingruppendiskussionen zwischen BürgerInnen und Demonstranten der letzten Jahre.

ej, PDS/Linke Liste Niedersachsen

Wes Brot ich eß', des Lied ich sing!



KÖLN. Weil Shell deutsche Journalisten nach Nigeria einflog, um sich Gefälligkeitsberichte zu erkaufen („Von Umweltschäden nichts zu sehen“), und weil der Journalist Karl Rössel vom Rheinischen Journalistenbüro dies im Rahmen der Ken Saro-Wiwa-Woche im November 1996 am Beispiel der FAZ mit „journalistischer Prostitution“ verglich, klagt jetzt die FAZ gegen Rössel. Die „Diffamierung“ der FAZ durch Rössel soll vor Gericht kein anderer bezeugen als Rainer Winzenried, der Pressesprecher der Deutschen Shell AG aus Hamburg.

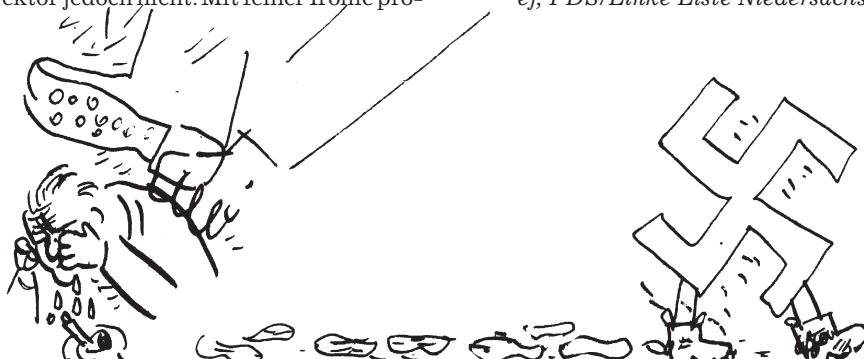
Aufhänger für die Klage: Eine kritische Stellungnahme Rössels im letzten November nach der öffentlichen Vorführung eines Dokumentarfilms über den ermordeten nigerianischen Schriftsteller Ken Saro Wiwa. Shell-Pressesprecher Winzenried sah sich auf dieser Veranstaltung heftiger Kritik ausgesetzt. Der Prozeß ist möglicherweise seine Retourkutsche mit Hilfe der FAZ, die im übrigen bei der umstrittenen Veranstaltung nicht vertreten war. Er ist auf jeden Fall der Versuch, einen aktiven Shell-Kritiker einzuschüchtern. Letztlich bestätigt die Personen-Konstellation des nunmehr anstehenden Gerichtsverfahrens jedoch nur noch einmal in aller Deutlichkeit das, was Rössel damals kritisiert hatte: die enge Liaison zwischen Shell und der FAZ ...

Einen Monat später, am 5.12.96, wurde Rössel von der FAZ aufgefordert, „es zu unterlassen, in Bezug auf die Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und/oder von deren Redakteur Udo Ulfkotte über Nigeria die Behauptung wörtlich oder sinngemäß aufzustellen und/oder aufzustellen zu lassen, zu verbreiten und/oder verbreiten zu lassen, der Berichterstatter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sei bei seiner jüngsten Reise nach Nigeria für seine firmenfreundliche Berichterstattung von Shell geschmiert worden; die Frankfurter Allgemeine Zeitung habe sich damit für Shell prostituiert.“

Bei Zu widerhandlung wurde eine Vertragsstrafe in Höhe von 10.100,- DM angedroht. Als Rössels Unterschrift unter diese Erklärung ausblieb, überreichte ihm ein Gerichtsvollzieher am 12.12.96 eine einstweilige Verfügung gleichen Inhalts. Rössel legte Widerspruch ein. Daraufhin reichten die FAZ und Udo Ulfkotte am 13.1.97 Klage beim Landgericht Köln ein.

Mündliche Verhandlung vor dem Kölner Landgericht: Mittwoch, 28. Mai 1997, 9.10 Uhr, Saal 222, II. Stock.

Rheinisches JournalistInnenbüro Köln



Rechtsextremismus in Brandenburg

BERLIN. Meldungen über rechtsextremistische Aktivitäten reißen im Land Brandenburg nicht ab. Erst kürzlich verurteilte das Amtsgericht Brandenburg/Havel einen 22-jährigen Rechtsradikalen aus Niedersachsen im Schnellverfahren zu einer Geldstrafe von 6.000 DM. Der Jugendliche war in Belzig (Brandenburg) festgenommen worden, weil er 80 Hakenkreuzfahnen von 120 cm Länge bei sich hatte. Häufig sprechen andere Meldungen über Gewalttätigkeiten rechtsextremistischer Gruppen und Personen. Noch gut in Erinnerung ist der Überfall auf britische Studenten in Oranienburg bei Berlin. In Debatten im Brandenburger Landtag wurde festgestellt, daß es eine Welle von Überfällen gegeben hat und die Täter ausnahmslos in der rechten Szene in Brandenburg zu suchen sind. In Eisenhüttenstadt wurden zwei Franzosen vor einer Gaststätte belästigt und geschlagen. In Genshagen wurde ein Ungar in einer Telefonzelle angegriffen und mit der Faust ins Gesicht geschlagen und mit Füßen getreten. Im Landkreis Teltow-Fläming wurden verschiedene Überfälle auf Ausländer bekannt. Drei britische Bauarbeiter wurden während einer Fahrt in ihrem Pkw attackiert und verunglückten. Einer der Briten ist seitdem querschnittsgelähmt. In der Ortschaft Trebbin wurden zwei Italiener attackiert und niedergeschlagen.

Der Prozeß gegen die beiden Täter von Trebbin wurde vor dem Landgericht Potsdam in der vergangenen Wo-

TON

Aufruf zu Demonstration am 31. Mai in Wiesbaden: Keine Abschiebung nach Bosnien oder in andere Teile des ehemaligen Jugoslawien!

„Rückführung“ nennen deutsche PolitikerInnen beschönigend das, was als größte Vertreibungsaktion in der Geschichte der BRD geplant ist: bis zum Sommer sollen 80 bis 90.000 der ca. 300.000 vor dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien geflohenen BosnierInnen ausgewiesen werden, der Rest in der zweiten Jahreshälfte bzw. im nächsten Jahr ... Vor einigen Jahren trug die Bundesregierung durch ihr Vorpreschen bei der Anerkennung nationalistisch orientierter Kleinstaaten zur weiteren Destabilisierung des Balkans aktiv bei. Später dienten der Bürgerkrieg und die Flüchtlinge den deutschen PolitikerInnen noch bestens zur Steigerung der Akzeptanz von Bundeswehreinsätzen im Ausland. Außerdem hat sich die deutsche Waffenindustrie praktisch noch in jedem Krieg

che eröffnet. Die Täter wurden wegen versuchten Mordes und schwerer Körperverletzung angeklagt. Journalisten beschuldigen Behörden und Versicherungen, eines der Opfer im Stich gelassen zu haben. Dem nach dem Überfall schwerbeschädigten Italiener verweigerte die Versicherung einen Rollstuhl wie auch die Pflegeversicherung nach langem Drängen noch nicht entschieden sei. Ein italienischer Zeuge, der eine Aussage machen sollte, sei aus Angst nicht vor Gericht erschienen, teilte das italienische Konsulat mit.

Und Dolgenbrodt! Im November 1992 brannte dort ein Asylbewerberheim. Nach vier Jahren hält die Suche nach den Ursachen der Tat und ihren Hintermännern immer noch an. Ein beschuldigter Blumenhändler aus diesem Ort hat vor Gericht zugegeben, „Spenden“ gesammelt zu haben und sie dem verurteilten Brandstifter als „Bezahlung“ übergeben zu haben. Woher kamen die Spenden? Von normalen Einwohnern? Wer gab das Signal zum Angriff

auf dieser Welt eine goldene Nase verdient. Jetzt aber werden die Flüchtlinge nur noch als Kostenfaktor gesehen, jetzt kommt der Rausschmiß ... Deshalb:

- keine Abschiebung - weder jetzt noch später noch nach Stufenplänen
- keine „kalten Abschiebungen“ durch Nichtverlängerung von Ausweispapieren, Entzug von Arbeitserlaubnissen oder Sozialhilfe oder Schulverbote für Kinder
- jeder soll selbst entscheiden, ob und wann er oder sie zurückkehrt!

Um diese Forderungen auch öffentlich zu vertreten, findet im Vorfeld der nächsten Innenministerkonferenz, die über Details der geplanten Abschiebungen beraten will, eine

Demonstration und Kundgebung statt: Samstag, 31. Mai 1997 Beginn: 14.00 Uhr vor dem Hauptbahnhof Wiesbaden

Weitere UnterzeichnerInnen bitte melden bei:
Flüchtlingsrat Wiesbaden,
Blücherstr. 32, 65195 Wiesbaden,
Telefon/Fax: (06 11) 49 52 49

auf das Heim? Nur die betrunke Runde aus dem Gasthaus Kober? Oder wer schürte Angst mit dem Gerücht, daß „über hundert Rumänen“ ins Heim einziehen sollten, die unter Umständen mit den Gerüchten über rumänische Securi-



LEIPZIG/HANNOVERSCH MÜNDEN. 300 Neonazis versammelten sich auf dem Rathausplatz. In Leipzig selber konnten sich die Neofaschisten nicht versammeln.

tate-Gangs in Zusammenhang gebracht wurden? Waren es Leute, die mit den Dolgenbrodtern Geschäfte mit Grundstücken abschlossen, die sie für einen Apfel und ein Ei erkaufen? Jedenfalls schweigt der Ort noch immer. Reporter sind nicht gern gesehen, weil sie zu aufdringlich Fragen stellen. Dolgenbrodt gilt noch immer als der ausländerfeindlichste Ort in der BRD.

Die SPD-Regierung in Brandenburg jedenfalls sieht wenig Grund, von einer deutlichen Zunahme rechtsextremistischer Delikte zu sprechen. Man geht davon aus, daß es etwa 500 gewaltbereite Rechtsextremisten in Brandenburg gebe und sehe - laut Mitteilung - keine Veranlassung, von einem bedeutenden Anstieg rechter Delikte zu sprechen.

Allerdings ist man bereit, zuzugehen, daß geringe Freizeitangebote und schlechte berufliche Aussichten für Jugendliche in Brandenburg den Neonazis leichtes Spiel bereiten und unter Jugendlichen die Suche nach neuen Mitgliedern häufig erfolgreich sei. Im Land Brandenburg fehlen 7.000 Lehrstellen. Jeder fünfte Schulabgänger ist davon betroffen. Die Situation hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit einem Rückgang von 10% noch verschärft. Immer weniger Betriebe sind bereit, Schulabgänger zur Ausbildung aufzunehmen, da sie selbst in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken. Anhaltende Arbeitslosigkeit von territorial 15–20% vor allem auch unter Jugendlichen verschärfen die Situation. Rechtsextreme finden Zuspruch, der – wie etwa durch den CDU-Fraktionsvor-

sitzenden Landowsky mit seinen Äußerungen über „Ratten“ und „Gesindel“ – noch genährt wird und Rechtsextreme in ihrem Haß gegen alles Ausländische noch bestärkt.

In einer Studie des Moses Mendelssohn Zentrums der Universität Potsdam wird festgestellt, daß der Kreis der Täter der BRD, der sich auch durch harte Strafen nicht von seinen antisemitischen Aktivitäten abhalten läßt, der gleiche ist, der auch für die Übergriffe gegen Ausländer und Brandanschläge verantwortlich ist. Er verbreite seine Haßtiraden gegen Juden und Ausländer erfolgreich vor allem unter Jugendlichen. In der Jugendszene habe sich „die antirassistisch-antisemtische Handlungsbereitschaft verfestigt“. Mithin wird deutlich, daß die soziale Lage und die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher ein ausreichender Nährboden für rechtsradikale Auffassungen ist und der Rechtsextremismus mit viel Energie und wachsenden Möglichkeiten neue Anhänger sucht. „Volksänger“ vom Schlag eines Frank Rennecke finden Gehör, wenn in seinen Texten zu Haß und Gewalt gegen Ausländer aufgerufen wird. Beispielhaft folgender Text: „Strömt herbei Ihr Völkerscharen, immer rein ins deutsche Land, und knechtet dann die Deutschen und stellt sie an die Wand.“ National untersetzte Ideologien verbreiten Rockbands, die zu Militanz und „für Volk und Vaterland“ aufrufen.

Regierung und Parteien in Brandenburg reagieren verschieden auf die nicht zu übersehenden Rechtstendenzen in Brandenburg, die starke Unterstützung aus den alten Bundesländern finden und von dort – wie die Dinge liegen – gesteuert werden. Hakenkreuzfahnen aus Niedersachsen und Täter und Schläger aus Brandenburg, so offenbar lautet das Konzept der Hintermänner und Drahtzieher. In verschiedenen Gewändern präsentiert sich die rechte Ideologie: Völkisch und germanisch, national und männlich, aber immer darauf bedacht, neue Anhänger zu finden und die Jugend für sich zu gewinnen. Die offizielle Politik jedenfalls verfolgt diese Aktivitäten mit Gesetz, tut aber sonst sehr wenig, um die sozialen Ursachen dieser Entwicklung anzugehen.

Aktivitäten wie die in Angermünde, wo ein „Runder Tisch gegen Gewalt“ zusammenkommt, sind in Brandenburg noch immer die Ausnahme. Dort treffen sich Jugendliche, Sozialarbeiter, Kommunalpolitiker und Polizisten, um der zunehmenden Gewaltbereitschaft in der Stadt zu begegnen. Bei der PDS in Brandenburg existiert ein „Antifaschistisches Bündnis“, das von der AG Junge GenossInnen gebildet wird. Das „Bündnis“ ist Koordinator und Initiator verschiedenster Aktivitäten. Allerdings befassen sich der Landesverband und -vorstand offensichtlich noch nicht intensiv mit der aufkommenden Gefahr, sie überlassen Aktivitäten eben diesem „Bündnis“. abe

KURHAUS-ABRISS: *Füssen.* Nach einer fast fünfstündigen Marathon-Debatte beschloß der Füssener Stadtrat am 30.4. mit 12:11 Stimmen, das Kurhaus wegen der Finanzmisere abzureißen. Die Stadt mit 14000 Einwohnern hat 130 Millionen Mark Schulden. Anstelle des Kurhauses plant ein privater Investor eine Seniorenwohnanlage. Gleich nach diesem denkbar knappen Beschuß gründete sich ein „Füssener Kulturforum“, das das Kurhaus mit einem Bürgerbegehrn retten will. Der Bürgermeister kündigte draufhin schon mal an, daß dann die Grundsteuer und der Kurbeitrag angehoben und das Hallenbad geschlossen werden müßte.

STROMTARIFE: *München.* Der letzte Versuch der SPD-Fraktion, die Benachteiligung des ländlichen Raums durch zwangsläufig höhere Strompreise mit einem Antrag an die Staatsregierung zu verhindern, ist im Wirtschaftsausschuß des Bayer. Landtags niedergestimmt worden. „Damit hat die CSU das Ende des Solidaritätsprinzips eingeläutet. Für einen Flächenstaat wie Bayern sind geteilte Stromtarife fatal. Sie sind der Beginn einer Politik, die den ländlichen Raum zum Lastesel für Niedrigpreise und sogar für den Preiskampf unter den künftigen privaten Versorgern in den Städten macht,“ stellt der SPD-Wirtschaftspolitiker Armin Nentwig mit Blick auch auf andere Versorgungsleistungen wie Wasser, Gas und Telefon fest.

SPIELAUTOMATENSTEUER: *Karlsruhe.* Städte und Gemeinden dürfen weiter Vergnügungssteuer für das Betreiben von Spielautomaten und vergleichbaren Geräten erheben. Drei Verfassungsbeschwerden, die sich gegen entsprechende Satzungen der Städte Göppingen (Bad.-Württ.) und Eutin (Schleswig-Holst.) richteten, sind vom Bundesverfassungsgericht nicht angenommen worden. Das höchste Gericht bekräftigte, daß der Steuergesetzgeber bei der Steuererhebung neben der Erzielung von Einnahmen auch andere Zwecke verfolgen darf. So könne er der Spielsucht entgegenwirken, für deren Folgekosten die Allgemeinheit aufkommen müsse. Und da die Spielhallen die Spielsucht gezielt fördern, sei hier ein höherer Steuersatz gerechtfertigt.

AL-ANTRAG: *Tübingen.* OB Schmid verbot seinen Gemeinderatsmitgliedern im vergangenen Monat die Behandlung eines AL-Antrages zum Fall Alois Gabrysch. Das vom OB einst ausgehändigte Bundesverdienstkreuz an den SS-Hauptsturmführer und die Tübinger Unterschriftensammlung gegen eine kalte Amnestierung des NS-Sondergerichtsanklägers in Maribor seien keine

„Angelegenheit der Gemeinde“. Jahrelang war es „Angelegenheit der Gemeinde“, Herrn Gabrysch als angesehnenen Bürger der Stadt zu ehren und mit einem Kriminaldirektor zu kooperieren, der an schlimmsten Verbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung in Slowenien beteiligt war. Jahrzehntelang war es auch Gemeindeangelegenheit in Tübingen, Hitlers 78. Infanterie- und Sturmdivision zu glorifizieren und auf Veranstaltungen den Landsermythos vom tapferen und ehrenhaften Soldaten zu pflegen. Engster Partner der Stadt dabei: ein für Traditionspflege zuständiger Oberstleutnant aus Calw, der seit einigen Wochen wegen Waffenschiebereien in Untersuchungshaft sitzt.

GASPREISERHÖHUNG: *Potsdam.* Die PDS protestiert gegen die Erhöhung der Gaspreise: Als 1993 die Stadtverordneten gegen die Nutzung der Lausitzer Braunkohle stimmten, feierten CDU und SPD dies als großen Erfolg. So intensiv damals für Erdgas geworben wurde, so selbstverständlich werden heute vom Monopolisten EVP die Preise angezogen. Die Gründe dafür werden nicht erklärt, sondern die empfindliche Preiserhöhung wird einfach per Anzeige in der Zeitung bekanntgegeben.

165 BÜRGERBEGEHREN: *München.* Mehr als die Hälfte der 165 Bürgerbegehren, die seit Herbst 1995 in Bayern initiiert wurden, haben sich mit Umweltthemen befaßt. Von den daraus resultierenden 50 Bürgerentscheiden hatten jedoch 31 ein „umweltschädliches Ergebnis“ und deckten sich im wesentlichen mit den Entscheidungen des Gemeinderates. Diese Bilanz zogen die Gruppen, die den Volksentscheid in Bayern durchsetzten. Initiativensprecher Thomas Meyer meint daher, die Bevölkerung sei „umweltbewußter als ihre Kommunalpolitiker“. Der Bund Naturschutz ergänzt, „für viele Menschen ist das Bürgerbegehren der letzte Rettungssanker, um den galoppierenden Landfraß zu stoppen“, Gemeinden planen vorsichtiger, die Bereitschaft zu Verhandlungen mit Initiativen steigt.

HAUSHALTSLÜCKE: *Essen.* Nur mit den Stimmen der SPD hat der Stadtrat den Haushalt 1997 verabschiedet. Bei einem Volumen von 3,34 Mrd. DM weist der Plan eine Deckungslücke von 103 Mio. aus, dazu kommt eine nicht näher erläuterte Pauschaleinnahme von 500 Mio. DM. Sie soll nach der Sommerpause durch Umschuldungen von kurz- in langfristige Kredite sowie Vermögenserlöse konkretisiert werden. Statt solcher Luftbuchungen haben B90/Grüne und CDU mit unterschiedlichen Begründungen eine Verfassungsklage in punkto Kommunalfinanzen gegen das Land vorgeschlagen. *Zusammenstellung: ulj*

VERSICHERUNGEN.

In der ersten Verhandlungs runde für die fast 250.000 Beschäftigten in den Versicherungen (Ost + West) hat der Arbeitgeberverband seine Forderungen präsentiert: • Verschlechterung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80% (z.Zt. sind 100% im Manteltarif abgesichert); für die restlichen 20% wird großzügig eine „Lohnfortzahlungsversicherung“ für die Beschäftigten angeboten. Nebenbei soll so noch entlang der Bundesgesetzgebung eine neue Versicherungssparte auf den Markt gebracht werden. • Absenkung der unteren Tarifgruppen, die zu „Einstiegstarifen“ werden sollen. • Nullrunde und Fest schreiben der Auszubildendenvergütung für die nächsten Jahre. Bei steigenden Azubi Zahlen sogar Absenkung dieser Vergütungen um 5%. • Als Gehaltserhöhung stehe maximal „die Differenz von Produktivitätssteigerung und Inflationsrate“ zur Verfügung. Das würde derzeit bedeuten: 2,1%–1,8% = 0,3 % Gehaltserhöhung! Die Absurdität und Arroganz solcher Rechenbeispiele zeigen, auf welch hohem Roß sich diese Leute gegenwärtig sehen. • Absenkung der tariflichen Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld), die z.Zt. 1,3 Monats gehälter im Jahr ausmachen. • Möglichkeit der Betriebe, statt der tariflichen 38 Wochenstunden bis zu 42 Wochenstunden arbeiten zu lassen. • Ersatzlose Streichung des Vorruhestandes Ende 1997. Dieser „Katalog der Grausamkeiten“, wie ihn der Verhandlungsführer der Versicherun-

gen, Schreiber / Mannheimer Versicherung, selbst kokett nennt, läßt sich noch fortsetzen. Seien die Gewerkschaften nicht zu substantiellen Zugeständnissen wenigstens in einigen Punkten bereit, so behält man sich vor, den gesamten Manteltarif zum Ende dieses Jahres zu kündigen. Die Forderungen der Gewerkschaften nehmen sich dagegen eher bescheiden aus: Beschäftigungs sicherung (u.a. weitere Arbeitszeitverkürzung, Verlängerung des Vorruhestandes) sowie Gehaltserhöhungen von ca. 4%. Angesichts der explodierenden Gewinne bei gleichzeitigem Personalabbau, der „Neuordnung der Versicherungslandschaft“ um Konzerne Allianz, Aachener-Münchner, Münchner Rück sowie die Großbanken, die immensen Druck auf die Beschäftigten erzeugt, glauben die Konzernleitungen, Teile ihres Programms durchsetzen zu können und die Gewerkschaftsforderungen abzubügeln. Immerhin gibt es Widerstandsaktionen wie bei der Volksfürsorge oder z.B. am 5. Mai in Hamburg bei der R+V Versicherung gegen den geplanten Personalabbau. Die nächste Verhandlungs runde/Versicherungen findet am 15.5. in Hamburg statt. Deshalb wird es eine Demonstration der Versicherungsbeschäftigten am 15. Mai geben. (res)

PDS ZU SEL. Zur geplanten Werksschließung von Alcatel SEL in Mannheim und dem damit verbundenen Abbau von 410 Arbeitsplätzen stellte Winfried Wolf, PDS-Bundestagsabgeordneter aus Baden-

Württemberg, eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung. Die PDS-Bundestagsgruppe möchte wissen, ob bei der Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg und SEL-Alcatel auch indirekt der Bund beteiligt war, etwa über die Zusage von vorgezogenen Aufträgen im Rüstungsbereich. Weiterhin wollen wir Informationen darüber, ob der Bund entsprechende staatliche Hilfen an Arbeitsplatzzusagen gekoppelt hat. Immerhin kassierte SEL damals allein schon vom Land in Form von Fördermitteln und vorteilhaften Geländeerlösen rund 20 Millionen Mark. Darüber hinaus thematisieren wir als Gewerkschafter und Rüstungsgegner die Frage, ob nicht gerade die Bundesregierung dafür mitverantwortlich ist, daß bei Alcatel SEL eine langfristig arbeitsplatzvernichtende Ausrichtung auf die Entwicklung und Produktion militärischer Produkte stattgefunden hat. Immerhin war 1995 ausdrücklich vereinbart worden, die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Übernahme ziviler Geschäftsfelder im Werk Mannheim zu prüfen. Gerade in der schwierigen Situation bei Alcatel SEL wünscht die PDS-Bundestagsgruppe der Belegschaft viel Kraft und Durchhaltevermögen beim Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze in Mannheim. Die neoliberalen Praxis, wonach Konzernherren nach eigenem Belieben Produktionsstätten verlagern, Arbeitsplätze vernichten, Belegschaften an verschiedenen Standorten gegenseitig ausspielen und

dafür noch staatliche Gelder erhalten, muß gebrochen werden. (PM der PDS)



DACHDECKER. Über 1.000 Dachdecker aus dem ganzen Bundesgebiet demonstrierten am 9. Mai in Bremen, wo die weltweit größte Fachmesse „Dach + Wand“ stattfand. Sie machten darauf aufmerksam, daß die Arbeitgeber seit fast einem Jahr einen Tarifabschluß verhindern, und kündigten Streikmaßnahmen an, wenn ihre Forderung nach Lohnerhöhung etwa in Höhe der Inflationsrate nicht erfüllt werde. Nach der harten Wintersaison – allein in Bremen und Niedersachsen wurden zwischen Dezember und März 2.000 von 8.000 Dachdeckern entlassen – sind die Bedingungen für einen Streik nach Aussagen des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der IG Bau-Agrar-Umwelt nicht schlecht.

KRITISCHE AKTIONÄRE. Zu den Hauptversammlungen bei mehreren Großkonzernen stellen kritische Aktionäre Anträge. Bei Daimler fordern sie Nichtentlastung des Vorstands und Aufsichtsrates wegen der Rüstungsprojekte Nato-Hubschrauber, Eurofighter und Kampfhubschrauber Tiger. Bei der BASF, wo ein Millionär die Alternativen Aktionäre unterstützt, wurde als Tagesordnungspunkt Satzungsänderung durchgesetzt: Verpflichtung aufs Wohl der Belegschaft und weltweit gleiche soziale Standards sollen aufgenommen werden. Bei Bayer machten oppositionelle Betriebsräte zur Hauptversammlung eine Aktion gegen Arbeitsplatzabbau. Bei BMW verlangen Kritische Aktionäre eine klimaverträgliche Ausrichtung der Fahrzeugflotte sowie Konversion der Rüstungsproduktion. Zusammenstellung: alk



1000 Beschäftigte der Hamburger Volksfürsorge-Versicherung streikten und demonstrierten am 22.4.97 gegen die geplanten Entlassungen und Verlagerungen durch den Aachen-Münchner Versicherungskonzern, zu dem die Volksfürsorge inzwischen gehört. (Bild: am 1. Mai in Hamburg)

IG BAU verliert

In dem von Heiner Geißler (CDU) für das Baugewerbe gefällten Schlichterspruch hat die IG BAU in allen wichtigen Punkten verloren. Im wesentlichen gilt dieser Schlichterspruch für das Tarifgebiet West, über einen Kompromiß über die seit Oktober letzten Jahres fällige Angleichung der Osttarife soll weiter verhandelt werden. Im einzelnen umfaßt der Schlichterspruch folgendes:

- Erhöhung der Löhne und Gehälter im Westen rückwirkend zum 1. April um 1,3% für eine Laufzeit von 12 Monaten. Gefordert wurden von der IG BAU 2,9%, von den Kapitalisten eine Nullrunde. In Zahlen sind das für einen Facharbeiter 0,32 DM/Stunde oder rund 50 DM brutto im Monat, was netto ungefähr knapp über Null ist.

- Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bleibt für die Arbeiter in den ersten drei Wochen auf 80% beschränkt, die letzten drei Wochen bis zum Krankengeld soll es „100%“ geben. Allerdings werden Kranken nach drei Wochen pro Krankheitstag zwei Stundenlöhne vom 13. Einkommen gestrichen, was eine indirekte, rückwirkende Kürzung auf 75% bedeutet. Die für die Gewerkschaften symbolisch wichtige 100 steht dann zwar irgendwo auf dem Papier, in der Praxis bedeutet sie aber nur 75, also eine Kürzung um 5%. Damit untertrifft diese Regelung sogar noch die gesetzliche.

- Für das 13. Monatseinkommen soll die Bemessungsgrundlage für zwei Jahre von bisher monatlich 169 auf 130 Stundenlöhne gesenkt werden, was eine Kürzung auf 77% bedeutet. Zwei Jahre nur kamen immerhin große Teile der Baubeschäftigten in den Genuß des vollen 13. Monatseinkommens, nachdem 20 Jahre dafür gestritten worden ist. Jetzt wird im Nachhinein der Tarifbruch derjenigen Baukapitalisten ein Stück weit legalisiert, die letzten Winter auf eigene Faust das Weihnachtsgeld gekürzt hatten.

- Ungelernte Bauanfänger kommen die ersten sechs Monate in die Mindestlohngruppe mit 17 DM Stundenlohn (West), in der bisher schon ausländische Arbeitnehmer nach dem Entsendegesetz eingestuft sind. Danach rücken sie für 12 Monate in die neue Lohngruppe VII 2 (19,00 DM) auf, um dann für weitere 12 Monate den Lohn der Gruppe VII 1 zu bekommen, den sie sonst von Anfang an hatten, nämlich 20,62 DM. Also: Ein halbes Jahr monatlich rund 600 DM brutto weniger, ein weiteres Jahr rund 300 DM weniger, insgesamt eine Verschiebung der sonst nach einem Jahr erfolgten Aufstockung in die Lohngruppe VI um weitere 1,5 Jahre.

- „Ungelernte“ der Gruppe VI mit einer jähriger Berufspraxis werden nach mindestens neunmonatiger Arbeitslosigkeit



Die Fa. Züblin hatte tarifwidrig das Weihnachtsgeld gekürzt (im Bild Protestaktion in Hagen): Mit dem Schiedsspruch wäre diese Praxis nachträglich legalisiert.

künftig für 12 Monate in die Gruppe VII 2 mit 19,00 DM eingruppiert, bevor sie die für diese Gruppe geltenden 21,37 DM bekommen. In Zahlen ist das ein Lohnverlust für ein Jahr von monatlich rund 400 DM brutto.

Was wäre, wenn dieser Schiedsspruch Realität würde?

Die Baukapitalisten hätten mit den Sklavenlöhne für Menschen, die sie aus anderen Ländern geholt haben, einen kräftigen Einbruch im Tarifvertrag bewirkt. Für die Angehörigen der unteren Lohngruppen würde dies eine weitere gesellschaftliche Herabwürdigung bedeuten, sie rückten näher an eine Verelendung, die trotz härtester Arbeit Armut bereithält. Irgendwann wird das dann auch auf die Facharbeiter zukommen. Arbeitslose könnten massiv als Lohndrücker eingesetzt werden. Auch wenn ein Beschäftigungssicherungsschutz ein Ausnutzen der billigen Einstiegszeit durch Heuern und Feuern ausschließen soll: Was die Bauunternehmer von Verträgen halten ist ja bekannt, und wie schwer es ist, hinter deren Einhaltung herzurennen, auch. Die Kapitalisten, und nicht nur die aus dem Baubereich, würden somit ein gutes Stück weiterkommen im Bestreben, Arbeitende bis zum Nichts zu proletarisieren. Der „unparteiische“ CDUler Geißler könnte einen vollen Erfolg für die Deregulierungsabsichten der Regierungskoalition verbuchen, vor allem in Hinsicht auf die Lohnfortzahlung.

Die Große Tarifkommission der IG BAU hat den Schlichterspruch nun mit großer Mehrheit vor allem deswegen abgelehnt, weil die „100%“-Lohnfortzahlung nicht vom ersten Tag an gelten soll. Sie bietet den Bauverbänden an, bis zum Ablauf der Friedenspflicht am 23.5. Nachverhandlungen zu führen. Sie ist bereit für die 100% eine Kompensation an anderer Stelle hinzunehmen. Die beschriebenen gefährlich niedrigeren Einstieglöhne sind also schon geschluckt. Die Gewerkschaft versucht sich noch, ohne Gesichtsverlust und ohne einen schwierigen Streik führen zu müssen aus der Affäre zu ziehen. Ob da noch soundssoviel bei rumkommt ist fraglich, dafür hat der Schlichterspruch viel zu enge Maßstäbe gesetzt, und die Gewerkschaft viel zu früh Positionen verlassen. (tja)

Chemie-Tarife

Rutschbahn Entgeltkorridor

Am 21. April sind die Tarifverhandlungen Chemie West über sogenannte „Spartentarife“ im „grundsätzlichen Einvernehmen“ auf 2./3. Juni in Hannover vertagt worden.

Diese Verhandlungen laufen, obwohl der Bundesentgelt(rahmen)tarifvertrag, die bezirklichen Entgelttarifverträge und der (Bundes-)Manteltarifvertrag im Moment weder gekündigt noch kündbar sind. Es handelt sich vielmehr um die Einlösung einer Zusage, die die IG Chemie-Papier-Keramik am 18.12.96 bei Abschluß des Tarifpaketes für 1997 gemacht hatte. Im Tarif-Info vom 19.12. hieß es dazu: „Aus diesem Tarifabschluß (in dessen Mittelpunkt die Sicherung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall stand; d.Verf.) wurde die Forderung der Arbeitgeber nach einer Sparten-Lösung für die Kunststoffverarbeitende-, kautschukverarbeitende und Chemiefaserindustrie ausgeklammert. Die Tarifvertragsparteien werden hierzu im Januar 1997 gesondert Gespräche fortsetzen ...“

Ein Überraschungs-Coup

Begonnen hatten diese Tarifgespräche am 22.1. mit einem „tarifpolitischen Grundsatzgespräch“ zwischen der IG Chemie-Papier-Keramik und dem Bundesarbeiterverband Chemie (BAVC); die erste Verhandlung fand am 18./19. März in Mannheim statt. Diese Verhandlung endete mit einem tarifpolitischen Paukenschlag, der in den Betrieben zu vielen, in den Gremien der IG Chemie-Papier-Keramik jedoch noch zu kaum zu nennenswerten Diskussionen führte: Der Verhandlungsführer der IG Chemie, Hans Terbrack, machte zu dem Ansinnen der Unternehmer (schlechtere Spartentarife) den Gegenvorschlag, einen betrieblich je nach Geschäftslage variabel auszunutzenden „Einkommenskorridor“ für die gesamte chemische Industrie zu vereinbaren; mithin erstmals in einem

Entgelttarifvertrag die Bindungskraft eines tariflichen Mindestbetrages betrieblich zu öffnen, wenn auch eben wiederum mit einer festen Untergrenze, und auch nur nach jeweiliger Zustimmung sowohl der Tarifvertrags- wie auch der Betriebsparteien.

Chemie-Kapital macht riesig Druck

Bekanntlich versucht das gesamte Unternehmerlager in der BRD mit Hinweis auf die „Globalisierung“ nun schon seit Jahren, das Tarifrecht zu deregulieren und die Verbindlichkeit der Tarifverträge auszuhöhlen. Das Tarifvertragsgesetz soll die Tarife „nach allen Seiten offen“ und damit kaputt machen; mit Neugründung von Billig-Verbänden, mit Verbandsflucht und durch brutale Erpressung einzelner Belegschaften zu diversen Verzichtserklärungen unter glattem Bruch des geltenden Tarifrechts versucht das Kapital, die Flächentarifverträge zu knacken. Auf dieser Linie schwimmt auch der BAVC, der im übrigen seine angebliche Treue zum Flächentarifvertragssystem immer wieder beteuert. Im Hintergrund stehen die Drohungen der Faser-, Gummi- und Kunststoffindustrie, eigene Tarifverbände aufzumachen und schon mal vorsorglich aus dem BAVC auszusteigen.

Den breitflächigen Chemie-Tarifvertrag will der BAVC in „Spartenfenster“ aufteilen. D.h. es sollen innerhalb des Chemietarifvertrages bestimmte Gültigkeitsbereiche mit generellen Tarifabsenkungen belegt werden. Zunächst war an 10% gedacht (Stand Dez. 1996). Weil aber der Einstieg in die Gespräche hierüber so friedlich-freundlich klappt, karten die Unternehmer gleich noch kräftig nach: Jetzt ist schon von 15% die Rede.

Noch mit einem besonderen „Bonbon“ wartet der BAVC auf: Zusätzlich zur Einrichtung von Tariffenstern soll eine generelle Tariföffnungsklausel vereinbart werden, die es ermöglichen soll, die Tarife (ob Chemie allgemein oder „Fenster“) nach unten ohne festgelegte Untergrenze zu öffnen – durch Betriebsvereinbarung, ohne Zustimmungspflicht der Gewerkschaft.

Nach Einschätzung der IG Chemie würde der BAVC-Vorschlag bis zu 600 Betriebe aus den 1.700 Betrieben herauslösen, die gegenwärtig dem Chemie-Tarif West unterliegen.

Der Gegenvorschlag

Die Tarifabteilung der IG Chemie-Papier-Keramik schätzt die Folgen der von den Unternehmern angestrebten Fenster-Politik so ein: Es wird zu einem erheblichen Gewerkschaftsmitgliederverlust in den betroffenen Fachbereichen kommen, weil es unter den einzelnen Betrieben auch sehr profitstarke gibt, für die sich eine Tarifabsenkung überhaupt nicht begründen lässt.

Die Öffnung dreier Tariffenster wird alsbald zum Verlangen nach noch mehr Fenstern (z.B. Lacke und Farben) führen.

Betriebe mit unterschiedlicher Produktionsstruktur (z.B. chemische Produktion und gleichzeitig Faser- oder Kunststoffverarbeitung) werden einem zusätzlichen Aufspaltungsdruck ausgesetzt, wenn sich dadurch Lohnkosten vorenthalten lassen.

Die vor allem in der Faserindustrie geführte Globalisierungsdiskussion wird sich nicht auf die Fenster-Bereiche beschränken, sondern über den gesamten Tarifbereich ausgewalzt werden.

Mit dieser Einschätzung und mit der durch den BAVC erfolgten Ablehnung von angebotenen Öffnungsklauseln „für Notfälle“ unter Beteiligung der Betriebsräte und unter Zustimmung der Tarifvertragsparteien begründet der Hauptvorstand nun seinen Vorschlag: Vereinbarung eines tarifvertraglichen Einkommenskorridors, innerhalb dessen die Tarifentgeltsätze unterschritten werden dürfen, jedoch nur nach vorheriger Einigung der Betriebs- und der Tarifvertragsparteien hierüber.

Die Nutzung des Korridors soll mit Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze und z.B. mit Investitionen verknüpft werden.

Der Korridor soll auch Abweichungen nach oben ermöglichen („Ansatz zu einer tarifvertraglichen Lösung zur Erfolgsbeteiligung“).

Abgesehen von den erheblichen finanziellen Einbußen, die gerade im unteren Einkommensbereich gravierende Einschränkungen in der Lebenshaltung erzwingen werden, beinhaltet das geplante Abheben des Tarifvertrages auf die betriebliche wirtschaftliche Situation mindestens drei schwerwiegende Probleme:

Flächentarifverträge wirken in ihrer allgemeinen Verbindlichkeit konkurrenzausgleichend; Öffnungsklauseln verschärfen somit die Konkurrenz und werden die Begehrlichkeit immer mehr Unternehmer auf Unterschreitungsmöglichkeiten hervorrufen.

Wie ist eine „wirtschaftliche Notlage“ zu überprüfen, wenn die Unternehmer nicht gezwungen werden, die Bücher auf den Tisch zu legen? Wie ist das Ende der „wirtschaftlichen Notlage“ zu kontrollieren und die Wiederanhebung der Tarife durchzusetzen? Hier ist mit allen bilanztechnischen Finessen zu rechnen. Einmal den Tarif nach unten geöffnet, wird die betroffene Belegschaft auf eine Reise ohne Wiederkehr geschickt. Über die Öffnung des Korridors „nach oben“ wird man sich ohnehin keine Gedanken machen müssen.

Mit der Tariföffnung wird den Unternehmen genau das nahegelegt, was ihnen als einziger Weg aus einer betrieblichen Krisensituation sowieso meist nur einfällt: Personalkostenabbau. Die meisten Betriebsräte in Krisenbetrieben können aber ein Lied davon singen, daß dieser Weg die vielleicht tatsächlich vorhandene Probleme bei Innovation, Organisation, Marketing etc. genau nicht zu lösen vermag.

Auf der eingeseiften Rutschbahn nach unten?

Es ist also so weit: Kaum ist im Dezember mit Ach und Krach noch mal ein Tarifvertrag unter Dach und Fach gebracht worden, in dem wesentliche Einbrüche bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verhindert und eine Entgelterhöhung um 1,5% vereinbart wurde, ist jetzt ein Vertragswerk in Arbeit, in dem es um gravierende Verschlechterungen für die betroffenen Belegschaften geht.

Gemessen an den Forderungen der Unternehmer mag der Gegenvorschlag der IG Chemie noch das kleinere Übel sein, weil er nicht automatisch Zigtausende von Beschäftigten schlechter stellt.

Und die Drohungen des Kapitals sind ernst zu nehmen. Nach Angaben der IG Chemie sind allein in NRW seit Beginn dieses Jahres bereits fünf Unternehmen aus dem Chemiearbeitgeberverband ausgetreten. In Norddeutschland wurde ein Arbeitgeberverband für die kunststoff-, kautschuk- und chemiefaserverarbeitende Industrie gegründet. Verbandsübergänge werden im Gegensatz zur Tarifflucht aus einem Verband sofort tarifwirksam.

Die Tarifpolitik ist tatsächlich an einem Wende- bzw. Entscheidungspunkt angekommen.

Wie aber geht die IG Chemie in diese Situation hinein? Wie gehen die beiden größten Industriegewerkschaften hinein? Denn die IG Metall steht der IG Chemie darin in nichts nach.

Der relativ große Druck, den die Gewerkschaften in der Angelegenheit Lohnfortzahlung entfalten konnten, wurde an der Problematik Tariföffnung vorbeigeleitet. Die Mitgliedschaft wird statt dessen mit mehr oder weniger medienwirksamen Coups von oben konfrontiert. Einige Gewerkschaftsführer scheinen die „politische Kultur“ so mancher Vorstandsvorsitzender großer Aktiengesellschaften abgeschaut zu haben, mit denen sie – das Geschäfts bringt's mit sich – Umgang haben: Mit „Visionen“ und „Machtworten“ zu „steuern“ (versuchen). So kann jedoch keine Widerstandskraft von unten entstehen, die wiederum eine breite politische Diskussion voraussetzt. Diese breite politische Diskussion zu entfalten ist gewiß nicht einfach, aber es ist sicherlich eine der Hauptaufgaben, vor der die Gewerkschaftsbewegung steht, sonst gibt es kein Halten auf der Rutsche nach unten.

Dazu gehört eine intensive Informationspolitik über das tatsächliche Ausmaß der Problematik; dazu gehört auch eine systematische Informationspolitik über die konkreten Auseinandersetzungen der internationalen Arbeiterbewegung.

Mit Diskussionsaufforderungen an eine offensichtlich für unmündig gehaltene Gewerkschaftsöffentlichkeit zwischen einer ersten und zweiten Verhandlungsrounde ist es wahrlich nicht getan.

(tht)

Kommunal-Info Mannheim, gekürzt

Ein Erfolg mit gewisser Signalwirkung

„Tarifvertrag über den Schutz der Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreikkräften bei Rationalisierungsmaßnahmen und über zusätzliche Leistungen bei Entlassung wegen Truppenreduzierung“ nennt sich der Vertrag, den die ÖTV mit dem Bundesfinanzministerium und den Stationierungsstreikkräften (US-Armee, Britische Armee, usw.) nach über sieben Wochen Arbeitskampf durchgesetzt hat. „Nachrichten&Standpunkte“ Schweinfurt sprachen mit Michael Dörfer von der lokalen Arbeitskampfleitung. Wir bringen Auszüge aus dem Gespräch.

Ihr sprech vom „großen Erfolg“ des Streiks, war es aber nicht mehr Abwehr?

Sicherlich haben wir mit dem Streik einige Forderungen, bestehende Vereinbarungen zu beseitigen bzw. zu verschlechtern, abgewehrt, aber wir haben auch bestehende Rationalisierungsschutzbestimmungen deutlich verbessert und z.B. Abfindungen durchgesetzt, die bisher nicht existierten. Es gab keine Schutzbestimmungen für Fälle von Rationalisierung und Privatisierung und für Beschäftigte unter 40 Lebensjahren. Auch die Höhe der Abfindungen werten wir angesichts der gesamtgesellschaftlichen Situation und im Vergleich mit Regelungen in weiten Bereichen der Privatwirtschaft als Erfolg.

Ihr sprech von mehrjährigen Bemühungen um einen Rationalisierungsschutztarifvertrag.

Mit dem Fall der Mauer sahen wir uns erstmals mit der Situation konfrontiert, im großen Umfang um den Erhalt von Arbeitskämpfen kämpfen zu müssen. Die US-Armee z.B. wurde von 250.000 auf 65.000 Mann reduziert, parallel wurde die Zahl der Zivilbeschäftigen relativ geräuschlos von 100.000 auf 35.000 abgebaut. 1991 konnten wir erstmals eine Abfindungsregelung für Personalabbau im Zuge von Truppenreduzierung verankern, die jedoch nicht für Fälle von Rationalisierung und Privatisierung galt. Vor zwei Jahren kamen erstmals Kostenersenkungspläne mittels Outsourcing-Maßnahmen auf den Tisch, so daß wir heute mit einer weiteren Welle von Stellenabbau um bis zu 50 % rechnen müssen.

Eure Streikbewertung dürfte auch mit der besonderen Situation im Bereich der Stationierungsstreikkräfte zusammenhängen.

Bis vor Beginn des Streiks hatten wir den Eindruck höherer Loyalität der Zivilbeschäftigten mit dem Arbeitgeber, den alliierten Truppen, als z.B. bei den Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft. Bei den Streikenden hat aufgrund unserer Aufklärungsarbeit dies angesichts der arbeitnehmerfeindlichen Outsourcings-



und Rationalisierungspläne nicht mehr so gezogen.

Auf diese besonderen Verhältnisse war auch Eure Arbeitskampftaktik abgestimmt.

In Schweinfurt, einem Standort mittlerer Größe, haben wir zu Beginn eine Woche gestreikt, nach einer Unterbrechung wieder eine Woche, nach einer weiteren Denkpause, die wir dem Arbeitgeber einräumten, erneut drei Tage und als schließlich die Verhandlungen nicht zum Erfolg kamen, am Schluß nochmals eine Woche.

Auf der Kundgebung in Bonn waren schließlich 6.000 Streikende.

Der Tarifvertrag erstreckt sich im persönlichen Geltungsbereich auf ca. 30.000 Arbeitnehmer. Die ÖTV dürfte davon nach einer starken Eintrittswelle vor dem Streik mittlerweile ca. 8.500–10.000 Mitglieder haben. Die Kundgebung in Bonn hat damit schon unsere Kampfstärke eindrucksvoll demonstriert.

Ihr sprech auch von besonderer Signalwirkung auf den gesamten öffentlichen Dienst?

Dazu muß man wissen, daß die Tarifverhandlungen vom Bundesfinanzminister geführt werden, der von den Stationierungsstreikkräften dazu bevollmächtigt ist, und sein Vorgehen mit diesen abstimmt. Dahinter steht aber auch der Bundesinnenminister, und Kanther hat während der Verhandlungen mehrmals den jetzt erreichten Kündigungsschutz und die 100%-Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kritisiert, weil diese Vereinbarungen Vorbildfunktion für den öffentlichen Dienst hätten. (Interview: cls)

Aus der sozialpolitischen Diskussion

Genossenschaften

Umsetzungsorientierte praktische Hilfen für die Stärkung partizipativer Unternehmen zu geben, war Anliegen der Tagung „Betriebliche Demokratie weiterentwickeln!“ vom 28.2.–2.3.1997 an der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg. Etwa 50 Mitglieder von Genossenschaften und Engagierte für die Genossenschaftsidee in Wissenschaft und Politik nahmen teil. Die Veranstaltung wurde getragen von der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), dem Ver-

ein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, dem NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation und dem europäischen Dachverband der Produktivgenossenschaften, Sozialkooperativen und Beteiligungsunternehmen (CEKOP). Gemeinsamer Ausgangsgedanke der Initiatoren war, daß partizipative Unternehmen, deren Beschäftigte gleichzeitig Unternehmer und Entscheidungsbeteiligte sind, als Modell für die Zukunft verteidigt und entwickelt werden müßten. Als deren gegenwärtige Kernprobleme wurden meist Absatz, Finanzierung und innerbetriebliche Partizipation genannt und diskutiert. Dr. Burghard Flieger, anerkannter Genossenschaftswissenschaftler, Autor mehrerer Bücher und Redakteur der Zeitung „Contraste“, führte mit seinem Beitrag zur Vielfalt der Produktivgenossenschaften – in der BRD gibt es etwa 1.700 eingetragene Produktivgenossenschaften – die Tagung ein. Flieger kritisierte massiv die klassischen westdeutschen Genossenschaftsverbände, die Produktivgenossenschaften ablehnend gegenüberstehen und an der Zerschlagung bzw. Diskriminierung der ostdeutschen LPG und PGH sowie ihrer Nachfolger wesentlich beteiligt waren bzw. sind. Angesichts fehlender westdeutscher und bundesweiter Produktivgenossenschaftsverbände sowie der Dieskriminierung der beiden ostdeutschen Produktivgenossenschaftsverbände problematisierte Flieger Genossenschaftsdemokratie und -kooperation. Mit der längst überfälligen Demokratisierung des Genossenschaftsrechtes setzte sich ebenfalls Prof. Hans G. Nutzinger auseinander. Dazu wurden seitens der Grünen 1988/89 Anträge in den Bundestag eingebracht, aber offensichtlich gäbe es leider wenig Interesse, diese Initiative fortzusetzen. Daß Gesetze wesentlich die Gründung von Genossenschaften beeinflussen, beweisen insbesondere Erfahrungen aus Italien. Dort hatte seinerzeit eine Regierung von Christdemokraten und Kommunisten mit der Verabsiedlung eines Genossenschaftsgesetzes einen „Gründungsboom“ befördert. Dieses Gesetz wurde als nach wie vor beispielgebend bewertet. Überhaupt galt auf der Tagung große Aufmerksamkeit der Auswertung internationaler Erfahrungen. Rainer Schlüter und Wilhelm Neale von CEKOP und Jean Paul Feldbusch von SOFICATRA (alle aus Brüssel) lieferten dazu interessantes Material, insbesondere aus Italien und Spanien. CEKOP bemüht sich gegenwärtig um wirksame Unterstützung für osteuropäische Genossenschaften. Auch für diese können Erfahrungen der italienischen Sozialgenossenschaften, die sowohl in Reaktion auf Armut und Ausgrenzung als auch in Anknüpfung an kollektive Traditionen gegründet wurden, von Interesse sein.

Dr. Judith Dellheim
PDS SOZIAL, Berichte aus der Interessengemeinschaft Arbeit, Gesundheit und Soziales, März/April 97 (online-Ausgabe, leicht gekürzt)



Pablo Picasso, „Guernica“

Eine Gruppe aus Hannover und Umgebung im Baskenland

60. Jahrestag der Bombardierung von Gernika

„Am 26.4.1937 zwischen 16.30 und 19.45 Uhr wurde Gernika - das Symbol der Freiheit des Baskenlandes - durch die Naziluftwaffe, die Legion Condor; unter dem Befehl der faschistischen spanischen Generale (Franco, Mola und Vigon) buchstäblich von der Landkarte ausgelöscht. Die Spreng- und Brandbomben machten aus Gernika eine Hölle. Mit den Worten des englischen Journalisten Georges L. Steer, Korrespondent der Times, hatte Gernika um 7.45 aufgehört zu existieren. 1.654 Tote, hunderte von Vermissten, ringsherum Verwundete, die ganze Stadt zerstört...“ (Egin, 24.4.97)

Pablo Picasso drückt in seinem berühmten Bild „Guernica“ den Abscheu und die Empörung der zivilisierten Welt gegen dieses Verbrechen aus.

Bis zum heutigen Tag hat die Bundesregierung kein Schuldnerkenntnis für das damalige Bombardement abgegeben und läßt heute wieder in Wunstorf stationierte Lufttransportgeschwader Auslandseinsätze fliegen, von wo aus die Legion Condor damals im Baskenland eingesetzt wurde.

Anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Gernikas reiste auf Initiative des Arbeitskreises Regionalgeschichte Neustadt, der Geschichtswerkstatt Hannover und des Bildungswerks der Deutschen Angestellten Gewerkschaft eine Gruppe von 10 Gewerkschaftern, Regionalhistorikern und Antifaschisten aus Hannover / Wunstorf ins Baskenland. Wir besichtigten Betriebe, sprachen mit Betriebsräten, mit Unter-

stützern des Hungerstreiks für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen und führten Gespräche mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen der Zerstörung Gernikas. Überall wurden wir sehr herzlich empfangen. Am 26.4.97 nahmen wir an den abendlichen Aktivitäten der Comisión del Bombardeo in Gernika zum 60. Jahrestag teil. *anr*

Wir dokumentieren die Reden des Vertreters der Comisión del Bombardeo, der Vertreterin unserer Gruppe vom 26.4.97 und das am 27.6.97 vom deutschen Botschafter auf einer Veranstaltung der baskischen Rechten verlesene Grußwort des Bundespräsidenten Herzog und unsere Stellungnahme vom 27.4.97.

Comisión del Bombardeo

„Die Bundesregierung muß sich zur historischen Verantwortung für die Bombardierung Gernikas bekennen“

„Alle Jahrestage der Bombardierung Gernikas verdienen die gleiche Aufmerksamkeit und den gleichen Respekt ... Ein solcher Jahrestag wird heute begangen. Als die Gernika-Kommission im Jahr 1976 gegründet wurde, setzte sie sich zum Ziel, die historische Wahrheit aufzuklären, und forderte die Öffnung der spanischen Militärarchive. Wir bestehen weiterhin darauf, denn die Archive sind nach wie vor verschlossen, und niemand hat die höhnische Meldung öffentlich zurückgenommen, mit der das franquistische Heer nach der Bombardierung

Gernikas die Basken und die Roten beschuldigte, Gernika bei ihrem Rückzug selbst in Brand gesteckt zu haben. Vor zwei Wochen sind wir mit anderen Gernikanern zur IG Medien nach Berlin gereist, um von der deutschen Bundesregierung 60 Jahre danach das öffentliche Bekenntnis zu fordern, daß Gernika von der Legion Condor bombardiert wurde, die u. a. im Fliegerhorst Wunstorf ausgebildet wurde und im Dienste des franquistischen Heeres stand. Anlässlich des kürzlich gefaßten Bundestagsbeschlusses einer Überweisung von 3 Mio. DM haben wir unseren Standpunkt bekräftigt, daß das Problem in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland falsch angegangen worden war. Denn die deutsche Schuld ist nicht finanzieller Natur, und es ist nebensächlich, ob nun 3 Mio. oder 13 Mio. DM überwiesen werden. Die

deutsche Schuld ist vielmehr politischer und menschlicher Art.

Wir fordern keine Vergeltung und empfinden keinen Haß, sondern wiederholen nur, daß dieses Schuldbekenntnis ein Akt menschlicher und politischer Größe ist sowie eine historische Verantwortung, die sowohl den Gernikanern als auch den Deutschen zur Ehre gereicht. Ein weiteres Ziel des Komitees war die Forderung, daß sich Picassos Gemälde Gernika in Gernika befinden sollte. Gernika den Gernikanern. Und darauf bestehen wir weiterhin. Es ist ein irritierender Sarkasmus, daß ein Gemälde, das ein republikanischer Maler im Auftrag der spanischen Republik schuf, im monarchischen Museum Reina Sophia in Madrid ausgestellt wird. Als nur wenige das Gemälde von Picasso kannten und es für sich beanspruchten, besaßen viele Bas-

ken bereits Abbildungen davon in ihren Häusern, weil wir es als einen Teil von uns, als einen Teil unserer Geschichte betrachten. Wir sind die moralischen Besitzer, denn wir sind das Motiv und die Ursache seines Entstehens. Die Stadt Gernika ist seine natürliche Heimat. Darum bestehen wir darauf, daß das Gemälde weder in Madrid noch im Guggenheimmuseum in Bilbao ausgestellt wird. Das Rathaus von Gernika und die baskischen Institutionen haben vielmehr die Verpflichtung, die nötigen politischen Schritte zu unternehmen, denn die Entscheidung ist politischer Art, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, daß unser Streben verwirklicht werden kann. Gernika den Gernikanern.

Wir fordern den Respekt vor unserer Vergangenheit, aber wir blicken auch in die Zukunft, und darum sieht sich Gernika verpflichtet, in dem politischen Konflikt zwischen Euskaleria, dem Land der Basken, und dem spanischen Staat nach Wegen zum Frieden zu suchen. Dieser Aufgabe widmen wir heute einen großen Teil unserer Anstrengungen. Seit Jahren arbeiten wir mit anderen Friedensgruppen und anderen Bewegungen zusammen, um eine gerechte und demokratische Lösung dieses Konfliktes zu erreichen. Bei dieser anstrengenden, aber begeisternden Arbeit sind alle diese Gruppen davon überzeugt, daß die Lö-

sung nur über den einzigen vernünftigen und zivilisierten Weg des Dialogs zu erreichen ist und daß niemand unannehbare Vorbedingungen stellen kann, die dem anderen nur als Ausrede dienen, sich nicht an den Verhandlungstisch zu setzen. Wir haben auch betont, daß dieser Dialog sowohl die individuellen Menschenrechte wie das Recht auf Leben umfassen muß als auch die kollektiven, wie das Selbstbestimmungsrecht mit dem Ziel einer gerechteren und freien demokratischen Gesellschaft. Schließlich sind wir zu dem Schluß gekommen, daß der Schlüssel zu Lösung dieses Konflikts die demokratische Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts ist, die uns als Volk zusteht. Heute, am 26.4.97, 60 Jahre danach, wollen wir mit diesem bescheidenen symbolischen Akt vor einer Gruppe deutscher Freunde die Einheit und Solidarität demonstrieren, die unsre Völker verbindet. Wir danken euch für die Teilnahme an diesem Akt und grüßen über euch auch die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Wir möchten euch um Solidarität bei der Forderung bitten, daß sich die Bundesregierung zu ihrer historischen Verantwortung für die Bombardierung Gernikas bekennt. Wie auch immer unsere Zukunft aussehen mag, wir wünschen uns gegenseitige Unterstützung und gegenseitigen Respekt. Vielen Dank – Eskerrik asko.“ □

Rede der Gruppe aus Hannover/Wunstorf

Ein Teil der Bomberbesatzung kam vor 60 Jahren aus Wunstorf

„Vor 60 Jahren wurde Gernika bombardiert. Politisch verantwortlich war General Franco. Militärisch verantwortlich war die deutsche Leitung der Legion Condor. Hier wurde eines der größten Kriegsverbrechen begangen: die Bombardierung einer offenen Stadt. Und hier vermischt sich auch etwas die Geschichte der Basken – besonders die der Einwohner Gernikas – mit der unseren – besonders die der Menschen unserer Region, der Region um Wunstorf. Denn im Verlauf unserer Arbeit als Regionalgeschichtsforscher konnten wir nachweisen, daß ein Teil der Bomberbesatzungen von dem damals neuen Fliegerhorst Wunstorf kamen, wo sie ausgebildet wurden waren. Aus diesem Grund schlugen wir vor 13 Jahren bereits eine Städtepartnerschaft zwischen Gernika und Wunstorf vor. Eine Städtepartnerschaft, die sich auch mit den historischen Begebenheiten auseinandersetzen würde und sowohl den Menschen aus Gernika als auch denen aus Wunstorf die Möglichkeit bieten würde, gemeinsame Antworten auf aktuelle und dringende Fragen zu finden. Aber damals wollte weder die Stadt



Bild links: „Gernika“, Bombardierung; Bild rechts: Gernika brennt. Beide Bilder gemalt am 26.4.97 auf dem Rathausplatz von Gernika. Fotos auf dieser und der nächsten Seite: M. Dunst



Kindermalerei aus der Ausstellung unter den Arkaden in Gernika

Wunstorf noch die deutsche Regierung die Städtepartnerschaft. Warum? Weil der Name des Fliegerhorstes Wunstorf - heute ein wichtiger Militärflughafen eingebunden in die NATO - nicht in einem Atemzug mit dem Namen Gernika genannt werden sollte. Andererseits aber weiß Deutschland sehr wohl, sich seiner militärischen Traditionen aus faschistischen Zeiten zu erinnern und sie zu pflegen: Hitler hat gesagt: „Franco sollte der JU52 ein Denkmal setzen“. - Das geschah nicht. Aber im Jahr 1986, wenige Monate vor dem 50. Jahrestag der Bombardierung Gernikas, wurde direkt am Eingang des Fliegerhorstes Wunstorf ein Museum eröffnet. Ein Museum, dessen einzige Ausstellung die berühmt-berüchtigte JU52 ist - besonders berüchtigt in Gernika als der Bomber, der die Stadt vernichtete. Von dieser Bombardierung erfährt man im Museum allerdings nichts. Der ganze Einsatz der Legion Condor wird - sehr klein gedruckt und versteckt - lediglich als „Reise nach Spanien“ erwähnt. Die Bundeswehr wurde aufgebaut von Ex-Nazi-Offizieren, unter ihnen auch ehemalige Condor-Legionäre. Bis heute werden den Ex-Legionären die Zeiten ihres Spanieneinsatzes doppelt für ihre Rentenzahlungen angerechnet. Bis heute hat sich die deutsche Regierung nicht offiziell zu Schuld und Verantwortung für die Bombardierung Gernikas bekannt. Bis heute wird die Zerstörung Gernikas auf das schlechte Wetter und die schlechte Zieltechnik geschoben.

Als deutsche Gruppe hier zu sein, die Gastfreundschaft und Freundlichkeit der Menschen hier zu erleben, kommt uns schon manchmal seltsam, ja ungerechtfertigt vor. Aber auch vor 60 Jahren gab es „zwei Arten“ von Deutschen - diejenigen, die Gernika bombardierten, und die, die für die Rettung der Republik kämpften. Letztere übrigens bekamen nie eine extra Rentenzahlung wie die Ex-Condor-Legionäre von seiten der deutschen Re-

gierung. Wir verstehen uns in der Tradition dieser „anderen“ Deutschen, und unsere Studienfahrt ist sowohl Resultat unserer Recherchen zur Geschichte des Militärflughafens Wunstorf wie auch unserer Beschäftigung mit dem spanischen Bürgerkrieg. Unsere Gruppe setzt sich aus Mitgliedern der unterschiedlichen sozialen Bewegungen zusammen: Gewerkschafter, Regionalgeschichtsforscher, Antifaschisten etc.. Wir verstehen unsere Reise als eine Geste der Solidarität und der Freundschaft mit den Menschen in Euskal Herria. Und von dieser Stelle aus fordern wir die deutsche Regierung auf, die Verantwortung für die Bombardierung Gernikas zu übernehmen. Außerdem fordern wir die deutsche Regierung auf, sich nicht weiter in die inneren Angelegenheiten Euskal Herrias einzumischen. Damit etwas mehr von uns bleibt als ein flüchtiger Eindruck und die Erinnerung an ein paar Worte, haben wir euch dieses Bild mitgebracht. Wir möchten es an Comisión del Bombardeo übergeben, da ihr ähnlich arbeitet wie wir.

Der Künstler, Fulvio Fernandez, hat in dem Bild seine Erfahrungen als Chilene im Exil, in Deutschland, genauso verarbeitet, wie seine eigenen Eindrücke über die Geschichte des Fliegerhorstes Wunstorf und die der Bombardierung Gernikas. Mit dem Bild will er seine Solidarität mit den sozialen Bewegungen Euskal Herrias ausdrücken, besonders mit den Menschen

Gernikas. Er hat das Bild „all denen, die kämpfen“ gewidmet. Eskerrik asko. □

Stellungnahme zum Grußwort des Bundespräsidenten

In der Erklärung des deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog, verlesen durch den deutschen Botschafter am 27.4.97 in Gernika, wurde zum ersten Mal offiziell durch einen deutschen Präsidenten die bis heute von der spanischen Regierung aufrechterhaltene Lüge zurückgewiesen, die Basken selber hätten bei ihrem Rückzug Gernika zerstört. Dennoch geben wir als Mitglieder einer Gruppe antifaschistischer Historiker/innen aus der Region Hannover/Wunstorf folgende Stellungnahme zur Erklärung des deutschen Präsidenten ab:

1. Herzog betont im Zusammenhang mit dem Bombardement von Gernika, er bekenne sich „ausdrücklich“ zur „schuldhafte[n] Verstrickung deutscher Flieger“. Schuldig machten sich, so Herzog, also lediglich einzelne Flieger.

2. Der Bundespräsident bekennt sich damit nicht zur Verantwortung des Nazi-regimes, der Wehrmachtführung und der Führung der Legion Condor für die Zerstörung Gernikas und das dadurch verursachte Leid.

3. Der Bundespräsident spricht auch nicht von der deutschen Verantwortung für die Bombardierung weiterer baskischer und spanischer Städte und Dörfer.

4. Herzog richtet seine Stellungnahme ausdrücklich an die überlebenden Zeitzeugen des Bombardements, an die „einzelnen Menschen“, die Schaden erlitten haben. Er individualisiert die Opfer und blendet ihre politischen und sozialen Bezüge aus.

5. Daher findet Herzog weder ein Wort des Bedauerns für die Zerstörung Gernikas als Symbol baskischer Freiheit und Autonomie noch erwähnt er die Unterdrückung des Baskenlandes unter der Franco-Diktatur, die mit Hilfe der deutschen Regierung installiert wurde.

6. Die Erklärung des deutschen Bundespräsidenten bedeutet daher keinen historischen Neuanfang, sondern ist le-



Grußwort des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Prof. Roman Herzog, verlesen vom Botschafter Wegener

Am 26.4.1937 wurde Gernika Opfer eines Luftangriffs von Verbänden der Legion Condor, der den Namen dieser Stadt zu einem Symbol für eine Kriegsführung machte, die eine wehrlose Bevölkerung gleichermaßen grausam und unvorbereitet traf. Der Tag von Gernika und das menschliche Leiden, für das dieser Name steht, gehören seitdem zur kollektiven Erinnerung unseres Volkes. 60 Jahre nach der Bombardierung sind neue Generationen hier aufgewachsen, aber Sie als Opfer des Angriffs tragen Ihre Erinnerungen an diesen Tag und seine Folgen noch in ihrem Herzen. Für Sie ist noch Gegenwart, was für die meisten von uns Vergangenheit ist, obwohl uns allen die Trauer und das Leid, das damals über Gernika gebracht wurde, gegenwärtig sein muß. Ich möchte mich der Vergangenheit stellen und mich zur schuldhaften Verstrickung deutscher Flieger ausdrücklich bekennen. An Sie als Überlebende des Angriffs, als Zeugen des erlittenen Grauens, richte ich meine Botschaft des Gedenkens, des Mitgefühls, der Trauer. Ich gedenke der einzelnen Menschen, denen an diesem Tag in Gernika das Lebensglück zerstört, das Haus vernichtet, die Nachbarschaft genommen wurde. Ich trauere mit Ihnen um die Toten und Verletzten. Ihnen, die die Wunden der Vergangenheit noch in sich tragen, biete ich meine Hand mit der Bitte um Versöhnung.

Roman Herzog.

diglich ein weiterer Versuch, die Verantwortung der deutschen Regierung und der deutschen Militärführung für die im Baskenland und in Spanien begangenen Verbrechen zu verharmlosen oder zu leugnen.

Herzog benennt weder deutlich die deutsche Intervention im Spanischen Bürgerkrieg, noch benennt er die Verantwortung des Naziregimes für die begangenen Untaten. Der höchste Repräsentant Deutschlands stellt sich daher nicht der Vergangenheit.

Die aktuelle Politik der Bundesrepublik Deutschland, besonders in ökonomischer und militärischer Hinsicht, läßt befürchten, daß die deutschen Repräsentanten sich ebenso wie früher auch in Zukunft die Option militärischer Interventionen offenhalten wollen.

(Gruppe antifaschistischer Historiker und Historikerinnen aus der Region Hannover/Wunstorf. Gernika, 28.4.97)

Thomas Schultze und Almut Gross über die Autonomen in Westdeutschland

Die Politik ersten Person

Dieses Buch gehört in die Rubrik jener Publikationen, die längst fällig waren: Thomas Schultze und Almut Gross haben eine Geschichte und Genealogie derjenigen Bewegungsströmung geschrieben, die als „die Autonomen“ bekannt geworden sind und die den Bereich politisch-revolutionärer Aktion ein gutes Jahrzehnt dominierten. Schultze und Gross, die beide selbst als Autonome aktiv waren, geben mit ihrem Buch wohl erstmals einen Gesamtüberblick über die Bewegung, die bislang nur in ihren einzelnen Arbeitsfeldern – Anti-Imperialismus, Feminismus, Häuserkampf und dergleichen – rezipiert wurde. Eine vergleichbare, umfangreiche Arbeit, die eine kritische Auseinandersetzung wie auch überhaupt eine Rezeption der Autonomen ermöglicht, gibt es meines Wissens nicht; so unterscheiden sich Schultze und Gross mit ihrem Buch von anderen Arbeiten – etwa Kongreßberichten oder das Buch „Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen“ (Geronimo et al., Berlin u. Amsterdam 1992) – dadurch, daß sie weitgehend dokumentarisch ver-

fahren und keine Biografie der eigenen politischen Laufbahn liefern. Gleichwohl ist es den Autonomen, sofern überhaupt verallgemeinernd im Plural gesprochen werden kann, als Bewegung zu eigen, theoretisch-politische Hauptmotive weitgehend über die eigene Befindlichkeit zu definieren; weil Schultze und Gross darauf größtenteils verzichten, bleibt das Buch zugleich diskussionsoffen, aber auch spröde hinsichtlich der Gesamtproblematik des autonomen Politikbegriffs.

Wesentlich gliedert sich das Buch in acht Teile. Dargestellt werden der geschichtliche Hintergrund, die politischen Vorläufer und die sozio-ökonomische Situation, die das Aktionsfeld der Autonomen bilden (Kapitel 1 und 2). Eine Chronik der Ereignisse von 1967 bis 1997 schließt als drittes Kapitel daran an. „Selbstverständnis und Identität“ sowie „Themen und Widersprüche“ der Autonomen werden in Kapitel 4 und 5 erhellt. Kapitel 5 und 6 dokumentieren sowohl die wichtigsten Publikationsorgane (ra-

dikal, Autonomie Neue Folge, Wildcat) wie auch die Bündnispraxis. Gross beleuchtet im 8. Kapitel die Bewegung Autonome Frauen und FrauenLesben, die eine eigene Charakteristik und Kraft innerhalb der Autonomen aufweisen. Das Buch schließt mit einer Einschätzung zur gegenwärtigen Situation der Autonomen.

Die Gliederung des Buches entspricht der Realproblematik autonomer Politik; das Buch liefert eine Einschätzung der Bedeutung der Autonomen und referiert eine autonome Gesellschaftsanalyse, die unweigerlich die politische Reichweite



Startbahn West

der Autonomen stilisiert und überhöht – um so schmerzvoller haben die Autonomen schließlich selbst die Stagnation linker Politik seit spätestens 1989 erfahren müssen. (Wahrscheinlich kommt man um solche Verzerrungen bei derartigen Publikationen nicht herum: liest man etwa mit zwanzigjährigem Abstand die Dokumentationen der einzelnen K-Gruppen, wird der Eindruck erweckt, daß damals beständig konkret-revolutionäre Situationen verpaßt wurden – die Einschätzung, mindestens in einer vorrevolutionären Zeit zu leben, war allerdings für die Autonomen und ihr Politikverständnis, etwa hinsichtlich der Militanz, konstitutiv; sie konnten gar nicht anders bestehen als im Glauben, in der beständigen Revolte zu leben.)

Beeinflußt von der italienischen „Arbeiterautonomie“, versuchten die Autonomen aus dem Scheitern der Studentenbewegung heraus, eine neue politische revolutionäre Kraft zu etablieren, was ihnen von Mitte der Siebziger bis Mitte der Achtziger durchaus gelang. Es sollte dar-

um gehen, jenseits der K-Gruppen, das heißt in Abgrenzung zum sogenannten Arbeiterbewegungsmarxismus und Staatssozialismus, einen neuen Politikbegriff einzuführen, der Themen wie Ökologie (Anti-AKW-Bewegung), Verstädterung (Hausbesetzungen), Feminismus, Sexismus und Rassismus ebenso Raum gab wie einem veränderten Ökonomiekonzept (Anti-Imperialismus und Jobber-Initiativen). Von den kommunistischen Gruppen unterscheiden sich die Autonomen, so Schultze und Gross, durch eine Verschiebung der Aufmerksamkeit vom Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zur Mehrfachunterdrückung. Diese fungiere maßgeblich zwischen Individuum und Staat, weshalb sich sowohl gegen alle Erscheinungsweisen und Präsenz staatlicher Macht gerichtet wird, wie auch gegen das Festschreiben von Herrschaftsstrukturen im einzelnen – ein Moment, was die Autonomen mit dem Anarchismus im weitesten Sinne gemeinsam haben. Nicht nur ist der Menschen von kapitalistischer Ausbeutung betroffen, sondern auch durch patriarchale Herrschaft. „Anfang der 90er Jahre wurde die Analyse der gegenseitigen Bedingtheit von Patriarchat und Kapitalismus zum triple-oppression-

Ansatz erweitert.

Nach dieser Theorie stehen drei Unterdrückungsverhältnisse nebeneinander: Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus“ (S. 185). Und in einer Fußnote heißt es weiter: „Die neueste Variante, der multi-oppression-Ansatz, geht davon aus, daß es viele Unterdrückungsverhältnisse gibt, die alle gleichberechtigt als Hauptwiderspruch nebeneinander stehen. Menschen unterdrücken Tiere, Junge unterdrücken Alte usw.“



Wackersdorf



(ebd., Anm. 6)

Das Konzept der Mehrfachunterdrückung gibt sich als theoretische Basis, ohne jedoch Theorie zu sein. Eigentlich keine Theorie zu haben und statt dessen mit Begriffsplaketten einen Aktionsismus zu rechtfertigen, bedeutete Aufstieg und Niedergang der Autonomen. Zum Angelpunkt wurde die Politik der ersten Person erhoben: „Der einzelne Mensch in seiner Subjektivität sollte wieder das wichtigste sein“ (S. 37). Vermehrte Theorie und Analyse fundierten sich auf einen Subjektivismus und Positivismus, der seine Handlungsmaximen krude empirisch und über den eigenen Erfahrungshorizont bestimmte: rhetorische Motive (vom „Schweinesystem“ bis zum Autonomiebegriff selbst) waren ebenso ausschlaggebend wie das Sich-Einrichten in „Szenevierteln“. Streckenweise lebte – im durchaus vitalistischen Sinne – die Bewegung bloß von Symbolen und symbolischen Handlungen. Ein Zitat aus der radikal von 1981 drückt dies aus: Die Revolution „ist aber nichts weiter als die Vertröstung auf ein fernes Paradies, wir aber leben hier, jetzt und heute. Vielleicht ist die Freiheit nur der kurze Moment, wo der Pflasterstein in die Hand genommen wird, bis zu dem Zeitpunkt, wo er auftrifft, d.h. der Moment der Veränderung, der Grenzüberschreitung, der Bewegung. Einig sind wir uns darüber, daß wir den Staat nur zerstören und uns ihm gegenüber nicht konstruktiv formulieren wollen“ (radikal 98, 9/1981, S. 5, hier zit. n. S. 61). Schultze und Gross schreiben kritisch: „Hier liegt aber auch das Problem der autonomen Bewegung, die auf keinem Parteiprogramm, keiner gemeinsamen Ideologie und Organisation basiert. Wenn die persönliche Kraft der älterwerdenden Ak-

teure nachläßt, sich die Interessen und Werthaltungen wandeln, der gesellschaftliche Druck durch Repression und Sozialabbau größer wird, keine jüngeren Akteure mit ähnlichen Werthaltungen nachrücken und symbolische Handlungen auf der Straße und an den Bauplätzen ausbleiben, ist eine Bewegung, die stark auf Gesinnung, weniger auf Ideologie beruht, in ihrem Bestehen gefährdet“ (S. 64).

Nun zeigt diese Kritik jedoch die beschränkte Reichweite des Autonomiekonzepts an sich: die Autoren kritisieren die Politik der ersten Person unweigerlich auf Basis der Prämissen, die die Autonomen je schon voraussetzen: nämlich die herbeigezauberte Existenz eines gegen und innerhalb des Systems bestehenden Subjekts. Die Theorie griff nicht zu kurz, sondern gar nicht: Sie war aus bloßer Innerlichkeit abgeleitet, weshalb Schultze und Gross den Niedergang der Autonomen nur über das private Ausscheiden einzelner, über den Verlust „persönlicher Kraft“ und schließlich moralische „Werthaltungen“ erklären können. Hieß „autonom“ zunächst eine Unabhängigkeit und Selbständigkeit von anderen Bewegungsformen, so gerinnte das Autonomiekonzept zu einer Vorstellung des je schon eigenverantwortlich, moralisch richtig Handelnden. Auffälligerweise bediente man sich gerade der Begriffe zur Selbstdefinition positiv und widerspruchlos, die in der kritischen Theorie der Moderne nur negativ und im Widerspruch gedacht werden: Subjekt, Identität und Autonomie. Zwar sehen Schultze und Gross im Rückblick, daß „die Autonomen schließlich Produkte der Verhältnisse, gegen die sie sich auflehnen, [sind] ... Die freigesetzte Individualität wird mit vermeintlich selbstbestimmten

Inhalten gegen die Gesellschaft gewendet, entspricht aber in ihrer Herangehensweise den Lösungsversuchen der Individuen in der Gesamtgesellschaft“ (S. 63). Doch daß diese Individualität beziehungsweise Subjektivität keiner Entweder/Oder-Polarität entspricht, erkennen sie nicht: Der Autonomen bleibt an sich der gute Mensch im Getriebe einer Gesellschaft, die „mittlerweile zu einer riesigen Fabrik transformiert wurde, in der die Massen die Bild-Zeitung genießen, während es an den Rändern der Gesellschaft gärt“ (S. 59). „Identität“ verklären sie sozio- und psychologistisch: „Identität benennt das menschliche Bedürfnis nach Zugehörigkeit, um sich psychologisch gefestigt und handlungsfähig, gleichzeitig mit einem individuellen Selbstbildnis in einen Kontext stellen zu können – im Gegensatz zur psychischen Vereinigung, Zerstörung der Subjektivität und kapitalistischen Gesellschaftlichkeit in diesem System“ (S. 62). Obwohl die belesenen Teile der Autonomen sich durch „den Rückgriff auf französische Philosophen wie Guattari, Foucault und Deleuze“, die allesamt sogar vom Tod oder Verschwinden des Subjekts sprachen, „... ein politisch-theoretisches Pro-

fil“ (S. 45) geben wollten, dogmatisierte man den Autonomie- und Subjektbegriff.

Subjektivität heute regt sich nicht gegen Vereinigung, sondern ist der Widerspruch in der Vereinigung selbst. Doch so wie Schultze und Gross Identität definieren, ist eine Autonomie des Subjekts immer schon vorausgesetzt, die aber gerade in Frage steht. Man orientiert sich scheinbar am bürgerlichen Subjektbegriff, ohne ihn zu kennen: die Einheit des Selbstbewußtseins, die „transzendentale Aperzeption“ (Kant), ist vor aller Erfahrung gedacht; das subjektive Problem der Identität, wie es überhaupt zum Selbstbewußtsein, zum Ich = Ich (Schelling) kommt (1), ist ausgespart. Das „Bedürfnis nach Zugehörigkeit“ haben die Autonomen behavioristisch gelöst, die darin beanspruchte Selbstständigkeit stand auf moralischen Füßen des Werturteils, welches je schon präjudiziert war durch den Schematismus des Verfahrens, Politik der ersten Person gegen das System auszuspielen. Ausgerechnet die Autonomen, die „das eigene Ding“, das Vier- und den engen Erfahrungshorizont der ersten Person zur Weltanschauung erhoben, haben allerdings Persönliches nie zugelassen. Eine Bewegung, die Subjek-

tivität, Identität und Autonomie beansprucht, ohne sie zu haben, versagt, wo interne Konflikte (zwischenmenschliche Gewalt, Rassismus und Sexismus) auftreten, die zur Lösung die Stärke des Subjekts selbst verlangen, nicht die Moral der Vergeltung, die stets ein Mangel an Subjektivität verrät. In keiner linkspopulistischen Bewegung dürfte es mehr Tabus, Angst und Versagung der subjektiven Reaktionen gegeben haben – dieses Kapitel menschlicher Verhärtungen fehlt leider in dem Buch, dem ansonsten vorbehaltlos die Leseempfehlung gilt.

rob

(1) VGL. MEINEN BEITRAG: *ICH = ICH, KOMMUNISTISCH GERESETZTER GOTTESDIENST UND ROTER STERN, SCHELLINGS PHILOSOPHIE IM MATERIALISTISCHEN RÜCKSPIEGEL*, IN: PB 11/96

Thomas Schultze und Almut Gross, *Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung*, Konkret Literatur Verlag: Hamburg 1997, 224 S., DM 28,-

Alfred Hrdlicka: „Marsyas I“ – ein Bildergespräch

Verkrüppelt, vergeistigt? Fester Stand, wackelig? Verkrümmt, hochgereckt zum Himmel, fest auf dem Boden stehend? Hand, Faust, Arbeiterfaust? Gequälter Mensch, Christus? Aufschrei, Aufbäumen, sich Wehren? Menschenwesen, Satyr, Gott? Teilweise glatte Oberfläche, teilweise verbrannte Haut, Fell, Blut? – Eindrücke und Assoziationen aus dem Bildergespräch der KunstGesellschaft in der Frankfurter Hrdlicka-Ausstellung.

Marsyas, der Satyr, wagt den Wettschreit mit dem Gott Apollo: Er hat eine von Apoll weggeworfene Flöte gefunden und prahlt, er könne jetzt schöner Flöte blasen als dieser. Apollo lässt sich auf den Wettkampf ein. Die Musen sollen entscheiden. Aber was wird das Preisgeld sein? Apollo trixt und lässt Marsyas im Unklaren darüber. Marsyas meint, es gehe vielleicht um ein Faß Wein.

Die freylerische Auflehnung gegen die göttliche Ordnung scheitert, Apolls Siegespreis ist furchtbar: Marsyas bekommt „das Fell über die Ohren gezogen“. Darauf teilweise verbrannte, blutige, teilweise glatte Haut.

Aber: keine totale Niederlage, kein Brechen, denn die abgezogene Haut Marsyas' lebt in vielen Formen weiter. Marsyas ein Symbol für Leute, die sich auflehnen und nach Niederlagen ihre Er-

fahrungen weitergeben? Oder ist hier „das Seufzen der Kreatur, der Menschheit ganzer Jammer zu einer kühlen Ewigkeit geworden“? Geht es um „Sternkunst“? So Martin Mosebach in der Beilage zur FAZ am 27.3.97 und auch Ursula Harter im Katalog der Ausstellung. Die Teilnehmer des Bildergesprächs neigten zur ersten Interpretation.

Der Wiener Maler und Bildhauer Alfred Hrdlicka wird 1998 siebzig Jahre alt. In der Ausstellung im Kunstverein und im Karmeliterkloster wurden über 200 Skulpturen, Zeichnungen und Druckgraphiken aus den Jahren 1945 bis 1997 gezeigt. Deutlich wurde sein Kampf gegen eine Kunst, die vollkommen vom Inhalt abstrahiert. Internationales Aufsehen erregte die jahrelange Auseinandersetzung um Auftrag, Produktion und Aufstellung seines „Mahnmals gegen Krieg und Faschismus“ auf dem Wiener Albertina-platz.

Der Katalog der Ausstellung ist über den Frankfurter Kunstverein erhältlich. Die Termine der Bildergespräche bei KunstGesellschaft e.V., Keplerstr. 7 A, 60318 Frankfurt, Fon/Fax 069/552191.

(gst)



bis 14. Juni: Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, am 14. Juni sollen sie in einer Großdemonstration in **Amsterdam** münden.

9.-11. Mai: Bundeskongress der AG „Junge GenossInnen in und bei der PDS“ in **Magdeburg**, u.a. mit Beratung und Beschlüsse zu Anliegen der AGJG an die PDS-Politik und den Bundestagswahlen. Infos über Büro der AGJG, PDS-Vorstand, Kl. Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel. 030-24009-419.

15. Mai: Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung.

11. Mai: Treffen zur Vorbereitung der AG Philosophie der Linken Sommerschule **Schnepfenthal**. Ort: 22767 **Hamburg**, Palmallee 24, (S-Bahn Königstr.); Zeit: vor- aussichtlich 12.00 Uhr. Bitte anmelden bei Christiane Schneider, Tel: 040/381393

21. Mai bis 1. Juni: Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Buko). Anmeldung: Buko, Nernstweg 32-34, 22765 **Hamburg**, Tel: 040/393156. Teilnahmegebühr 80/110 DM.

24. Mai: Tag der Jugend gegen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere.

24. Mai: Wirtschaftspolitischer Workshop der PDS-Bundestagsgruppe. Vorauss. Themen: Wirtschaftsförderung, Beschäftigungsgesellschaften, kommunale Wirtschaftsförderung, Wirtschaft von unten; ökologischer Umbau, Forschungs- und Technologiepolitik

28. Mai: Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes gegen Erwerbslosigkeit.

31. Mai: Öff. Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des Kurdistan-Rundbriefs in **Köln**, Jugendgästehaus, An der Schanz. Beginn 12.30 Uhr.

31. Mai: Demonstration „Keine Abschiebung nach Bosnien oder in andere Teile des ehem. Jugoslawien“. Neben dem Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main rufen Flüchtlings- und Friedensgruppen aus dem hess. Raum auf, im Vorfeld der nächsten Innenministerkonferenz zu Abschiebungs-Details zu demonstrieren. Beginn: 14.00 Uhr Hauptbahnhof

Wiesbaden. Infos bei Flüchtlingsrat Wiesbaden, Blücherstr. 32, 65195 Wiesbaden, Tel/Fax 0611/49 52 49.

2.-8. Juni: Bundesweite Aktionswoche „Innen-Stadt-Aktion - Gegen Ausgrenzung und Rassismus, Privatisierung und Sicherheitswahn“

12. bis 17. Juni: Der Alternativgipfel „Coalition for a Different Europa“ geht auf Initiative mehrerer NGO/Nicht-Regierungs-Organisationen aus den Niederlanden und anderen Staaten zurück. Während des Gipfels sollen Ergebnisse der Regierungskonferenz kritisch diskutiert werden. Schwerpunkte: Arbeitslosigkeit, Demokratiedefizite, Südpolitik der EU, „Friedliches Europa“, Antirassismus, Feminismus und Umweltpolitik.

16./17. Juni: Antirassismuskonferenz parallel zum Alternativgipfel. Sie wird organisiert vom größten europäischen Netzwerk gegen Nationalismus, Rassismus, Faschismus und zur Unterstützung von MigrantInnen und Flüchtlingen. Ihre Themen sind Migrations- und Fluchtursachen, die EU-Politik „Festung Europa“, die Arbeit von Initiativen, alltäglicher Rassismus.

16./17. Juni: EU-Gipfel in **Amsterdam**. Geplant ist der Beschluss über die Reform der Maastrichter Verträge, zur Währungsunion und zur Aufnahme der „Osterweiterung“. Die „Euromärsche“ wollen bereits am 14.6. in Amsterdam eintreffen.

31. 7.-3. August: Linke Sommerschule in **Schnepfenthal**

29.-31. August: UZ-Pressefest, **Dortmund**.

21. September: Bürgerschaftswahlen in **Hamburg**

20./21. September: Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in **Chemnitz**.

27./28. September: Grüner Länderrat in **Magdeburg**

11./12. Oktober: Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in **Köln**, Jugendgästehaus.

14./16. November: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in **Kassel**.

ADRESSE AUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Staschete.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, **Hamburg:** GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM)

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM)

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

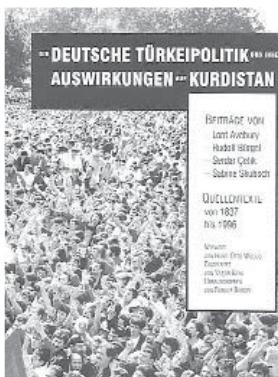
BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

DIE DEUTSCHE TÜRKEIPOLITIK UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF KURDISTAN



Vier Aufsätze und über 400 Seiten Dokumente zur deutschen Türkei- und Kurdistan-Politik. Von den Anfängen der preußischen Militärhilfe für das Osmanische Reich über die Bagdadbahn-Politik, die Allianz des Deutschen Kaiserreichs mit dem „kranken Mann am Bosporus“, die deutsche Mitwirkung an den Armeniermassakern, die kurdischen Aufstände der 20er und 30er Jahre, die NS-Türkei- und Kaukasuspolitik, die deutsche Türkeihilfe im Rahmen von Nato und EU nach dem 2. Weltkrieg bis zum PKK-Verbot durch Kanther und die deutsche Kurdenverfolgung und Rüstungshilfe an die Türkei in der Gegenwart. Beiträge von Lord Avebury, Rudolf Bürgel, Serdar Celik, Sabine Skubsch. Vorwort von Hans Otto Wiebus, IG Medien, und Yasar Kaya, Präsident des Kurdischen Exilparlaments.

556 Seiten, ISBN 3-9805441-0-9 • Preis: 39,80 DM Bestellungen an: GNN-Buchvertrieb, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz • Tel.: 03 42 04 / 6 57 11 • Fax: 03 42 04 / 6 58 93